

Landesinfo Baden-Württemberg



20. März

„Wir zahlen nicht für eure Krise“ Seite 3

Ostermarsch

Bundeswehr raus, statt aufstocken s. 7

Schulpolitik

Werkrealschule: eine Sackgasse s. 10

Kommunales

Von Mannheim bis Konstanz ... s. 12

U. Maurer + Stuttgart 21

„Vom Saulus zum Paulus ...“ s. 14

Landesparteitag

Zehn Punkte zur Landespolitik Seite 20

Inhalt

■■■ Wer arbeitet, muss mehr verdienen und die Hartz IV-Sätze müssen hoch	4
■■■ Gauche und Linke treffen sich	6
■■■ Ostermarsch: Bundeswehr raus aus Afghanistan – anstatt rein in die Schulen	7
■■■ Linksjugend [’solid] wächst	8
■■■ Bildungspolitik des Landes in der Sackgasse	10
■■■ Aus Tübingen, Kornwestheim, Heilbronn und Esslingen	12
■■■ Mannheim: Gewerbesteuer erhöhen	14
■■■ Aus Freiburg, Konstanz, Stuttgart und Schwäbisch Gmünd	16
■■■ Beschlüsse des Landesparteitags	19

Das nächste Landesinfo erscheint im Mai/Juni.

Redaktionsschluss für das Landesinfo 2/2010 ist der 15. Mai 2010

Beilagenhinweis: „Klar“, Zeitung der Bundestagsfraktion Die LINKE; ein Flyer der Landespartei „Kitas braucht das Kinderland jetzt!“

Bezug: Das Landesinfo ist das Informationsorgan der Partei DIE LINKE. Baden-Württemberg. Es erscheint fünfmal im Jahr. Der Bezug des Landesinfo ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Herausgeber und Verlag: DIE LINKE. Baden-Württemberg, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, Tel. 0711-241045, Fax 0711-241046, e-mail: info@die-linke-bw.de

Redaktion: Ute Gsöls-Puhl, Barbara Hoffmann, Alfred Küstler, Dirk Spöri, Bernhard Strasdeit (verantw.), Lars Stern und Matthias Paykowski. Für Antragsmaterialien, Mitteilungen, Protokolle und Adressen ist der Landesvorstand verantwortlich. Inhaltliche Beiträge, LeserInnenbriefe, Stellungnahmen usw. sind herzlich willkommen. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

Herstellung und Druck: GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, e-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Erfolgreicher Landesparteitag am 23. und 24. Januar in Stuttgart

Gesine Löttsch, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Bundestag und Marion von Wartenberg, stellvertretende DGB-Landesvorsitzende, hielten Gastbeiträge. Landessprecher Bernd Riexinger hielt das Hauptreferat. Der Landesparteitag beschäftigte sich intensiv mit landespolitischen Themen, zudem mit Einzelanträgen u.a. zum Verbot von Leiharbeit und zur Arbeitszeitgesetzgebung. Reden und Beschlüsse sind auf der Website des Landesverbandes dokumentiert. Der Parteitag wählte Sybille Stamm und Hasso Ehinger zu Delegierten des Landesverbandes im Bundesausschuss. In die sechsköpfige Landesschiedskommission wurden gewählt: Gudrun Glemser, Jutta Graf-Baier, Rita Bayer, Ulf Hartmann, Paul Muras und Heinrich Stürtz.

Zehn Punkte zur Landespolitik verabschiedet

Mit großer Einmütigkeit verabschiedete der Landesparteitag der Partei DIE LINKE in Baden-Württemberg ein Zehn-Punkte-Sofortprogramm zur Landespo-

litik. mehr müsse in Bildung, Soziales und Ökologie investiert werden.

Besondere Bedeutung hat die Bildungspolitik. Hier steht DIE LINKE für die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems und fordert Gemeinschafts- und Ganztageschulen. Baden-Württemberg sei das Land mit der härtesten sozialen Auslese im Bildungssystem. Zum Sofortprogramm gehört auch die Forderung nach Abschaffung der Studiengebühren und der Zugang aller StudentInnen zum Masterstudium. DIE LINKE erklärte ausdrücklich ihre Solidarität und Unterstützung mit den Bildungsstreiks der SchülerInnen und StudentInnen.

Bekräftigt wird auch die Position für den sofortigen Ausstieg aus der Atomkraft. Die Forderung der Landesregierung nach Verlängerung der Restlaufzeiten wird von der LINKEN abgelehnt.

Der schwarz/gelben Landesregierung attestierte DIE LINKE Hilf-, Taten- und Konturlosigkeit gegenüber den Folgen der Krise für die Menschen im Lande. Noch-Ministerpräsident Oettinger

und der designierte Ministerpräsident Mappus wurden für ihr Verständnis für die Entscheidung des Managements von Daimler, die C-Klassen-Produktion in die USA zu verlegen, heftig kritisiert. DIE LINKE habe an der Seite der Beschäftigten und ihrer InteressenvertreterInnen gestanden.

Auf heftige Ablehnung stößt die Aussage von Stefan Mappus, zur Haus-

haltskonsolidierung seien auch soziale Einschnitte notwendig. Landessprecher Bernd Riexinger weist diesen Vorschlag als zynisch und sozialdarwinistisch zurück.

Die Landespartei ist optimistisch in den nächsten baden-württembergischen Landtag einzuziehen und sieht sich gut aufgestellt. So zeigte sich Landesgeschäftsführer Bernhard Strasdeit sehr zufrieden mit dem Verlauf und den Ergebnissen des Landesparteitages. Strasdeit: „Die Partei geht gestärkt in das Vorwahljahr 2010. Wir haben unsere landespolitische Kompetenz als Partei der sozialen Gerechtigkeit gestärkt. Wir sind in Baden-Württemberg die glaubwürdige linke Oppositionspartei.“

Pressemitteilung vom 25.1.2010



litik. In konstruktiver Atmosphäre wurden zahlreiche Änderungs- und Erweiterungsvorschläge der Kreisverbände in den Leitantrag des Landesvorstandes hineingearbeitet. Der Leitantrag wurde mit nur einer Gegenstimme verabschiedet.

Im Mittelpunkt steht dabei die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Gefordert wird u.a. ein Zehn-Milliarden-Sofortprogramm, fünf Milliarden zur Rettung der industriellen Kerne und Arbeitsplätze, fünf Milliarden sollen als Investitionsprogramm an die Kommunen gehen und diese davor bewahren, Personal und wichtige Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge abzubauen. Gerade jetzt dürfe der öffentliche Sektor nicht in die Krise hinein sparen. Viel-

Einladung an alle Mitglieder des Landesverbandes

Vier regionale Mitgliederversammlungen mit Wahl der Delegierten zum Bundesparteitag

Liebe Genossinnen und Genossen,

Ihr seid herzlich eingeladen zur den regionalen Mitgliederversammlungen. Auf dem nächsten Bundesparteitag am 15. und 16. Mai in Rostock hat unser Landesverband 22 Delegierte, vier weniger als bisher. Diese Bundesparteitagsdelegierten sowie die Ersatzdelegierten werden quotiert für zwei Jahre auf diesen Versammlungen gewählt. Der Landesparteitag sprach sich mehrheitlich für vier regionale Mitgliederversammlungen aus, die in den vier Regierungsbezirken des Landes stattfinden. Am 17. April ist ein Landestreffen der gewählten Delegierten vorgesehen, in Kombination mit einer Beratung des Landesauschusses.

Bei 22 Delegierten und 35 Kreisverbänden im Land kann leider nicht auf Kreisebene gewählt werden. Deshalb fallen größere Anfahrwege an. Um eine breite Beteiligung der Mitglieder zu ermöglichen und die Fahrtkosten in Grenzen zu halten, bitten wir um Bildung von Fahrgemeinschaften, die auf Antrag benachteiligter Kreisverbände über den Landesverband subventioniert werden können.

Tagesordnungsvorschlag für die Versammlungen

Begrüßung durch den Landesvorstand; – Wahl einer Versammlungsleitung und einer Wahlkommission; – Aussprache zu den Aufgaben des Rostocker Parteitages; – Vorstellungsrunde; – Wahl der Delegierten und Ersatzdelegierten; Wichtiges aus der Region; Sonstiges.

Südbaden: 4 Delegierte

Regional-MV am Samstag, 13. März, 11.30 Uhr in Weil am Rhein
Alevitischer Kulturverein, Klybeckstraße 21, 79576 Weil am Rhein

Stimmberechtigt sind die Mitglieder aus den Kreisverbänden Ortenau, Emmendingen, Freiburg, Breisgau-Hochschwarzwald, Lörrach, Waldshut, Schwarzwald-Baar-Heuberg, Konstanz.

Südwestfalen-Hohenzollern: 4 Delegierte

Regional-MV am Samstag, 27. März, 10.30 Uhr in Friedrichshafen
Gaststätte Zeppelin-Dorfkrug, König-Wilhelm-Platz 2, 88045 Friedrichshafen

Stimmberechtigt sind die Mitglieder der Kreisverbände Tübingen, Reutlingen, Zollernalb, Sigmaringen, Biberach, Ravensburg, Ulm/Alb-Donau, Bodenseekreis.

Nordwestfalen: 8 Delegierte

Regional-MV am Samstag, 27. März um 13 Uhr in Waiblingen
Kulturzentrum Schwanen, Winnender Straße 4, 71334 Waiblingen

Stimmberechtigt sind die Mitglieder aus den Kreisverbänden Stuttgart, Böblingen, Esslingen, Göppingen, Rems-Murr, Ludwigsburg, Heidenheim, Ostalb, Main-Tauber, Hohenlohe/Schwäbisch-Hall, Heilbronn.

Nordbaden: 6 Delegierte

Regional-MV am Samstag, 27. März um 10.30 Uhr, in Karlsruhe, Internationales Begegnungszentrum (IBZ); Kaiserallee 12d, 76135 Karlsruhe (Eingang über Hof); Nähe S-Haltestelle Yorcksstraße

Stimmberechtigt sind die Mitglieder aus den Kreisverbänden Mannheim, Heidelberg/Rhein-Neckar, Neckar-Odenwald, Karlsruhe, Pforzheim/Enz, Raststatt/Baden-Baden, Calw, Freudenstadt.

Landesvorstand

20. März – Protestaktionen:

Stuttgart: „Nicht auf unserem Rücken: Arbeitsplätze und soziale Gerechtigkeit“

Das Stuttgarter Bündnis „Wir zahlen nicht für eure Krise“ plant zusammen mit der DGB-Region Nordwürttemberg eine gemeinsame Protestaktion am 20. März 2010 von 11 bis 13 Uhr in der Kronprinzenstraße. Im großen Bündnis soll es gemeinsam mit Verdi, der IG Metall und allen anderen DGB-Gewerkschaften auf die Straße gehen und eine Auftaktprotestaktion auf die Beine gestellt werden. Der 20. März ist dabei als Aufschlag für weitere noch folgende Aktionen und den Ausbau des Bündnisses gedacht. Informationen gibt es bei Ivo Garbe (ivo.garbe@verdi.de) oder bald unter <http://krisenproteste-stuttgart.de/>



Freiburg: „Wir zahlen nicht für Eure Krise“

Bündnis „Wir zahlen nicht für Eure Krise“ in Freiburg am Samstag, 20. März, Beginn 11 bis ca. 13 Uhr, Bertoldsbrunnen.

Bundesverfassungsgerichtsurteil ist ein Erfolg im Kampf gegen die Kinderarmut

Seit dem 9. Februar steht es nun fest. Die Berechnung des Regelsatzes für Hartz IV ist verfassungswidrig. Die Berechnung widerspricht dem Grundgesetz. Weder der Menschenwürde noch dem Sozialstaatsprinzip wurde Rechnung getragen.

Um die Bedarfe festzulegen, darf es nun keine Schätzungen mehr ins Blaue hinein geben, sondern alles muss transparent und nachvollziehbar sein. Besonders rügte der Präsident des Bundesverfassungsgerichts Hans-Jürgen Papier, dass die Regelsätze für Kinder freihändig, schon fast willkürlich festgesetzt wurden.

Die LINKE, Gewerkschaften, Sozialverbände und Kirchen fordern schon



Die stellv. Parteivorsitzenden Klaus Ernst und Katja Kipping (im Hintergrund) vor dem Bundesverfassungsgericht am Tag der Urteilsverkündung zu Hartz IV.

lange eine Anhebung der Regelsätze, damit für ALG II Bezieher ein Mindestmaß an Teilhabe am kulturellen und politischen Leben möglich ist.

Besonders erfreulich ist für die familienpolitische Sprecherin der Südwestlinken Sabine Rösch-Dammenmiller, dass die Politik nun bis spätestens 31. Dezember 2010 handeln muss. Da Menschen in prekären Lebenslagen und vor allem die 1,8 Millionen Kinder, die von Hartz IV leben müssen, keine Lobby bei den etablierten Parteien haben, wurde nun vom Verfassungsgericht Recht gesprochen. Das wirft auch die Frage auf, warum die Mehrheit der Abgeordneten dieser sog. etablierten Parteien immer öfter schlampig gemachte Gesetze

beschließen, die dann von Gerichten, Stichpunkt Pendlerpauschale, nachgebessert werden müssen.

Schon in ihrem Zehn-Punkte Programm, das beim letzten Landesparteitag verabschiedet wurde, war eine zentrale Forderung der LINKEN: Damit die Schere zwischen Arm und Reich nicht weiter auseinander geht, muss Hartz IV weg und eine bedarfsgerechte Grundversicherung und ein gesetzlicher Mindestlohn müssen her.

Im Kreis Göppingen wird in diesem Frühjahr ein Hartz IV Verein gegründet, in welchem die Betroffenen Rat und Unterstützung bekommen werden. Dieser Verein wird die volle Unterstützung der LINKEN haben.

Merkel stimmt Westerwelle bei Hartz IV in der Sache zu

Ulrich Maurer am 24.2. in der Aktuelle Stunde des Bundestages „Schweigen der Bundeskanzlerin zur Sozialpolitik der Bundesregierung“ (Redeauszug)

Die Frau Bundeskanzlerin hat nicht geschwiegen, sondern sie hat den Duktus des Herrn Vizekanzlers gezeißelt. Das heißt im Klartext: Sie hat sich wie eine RichterIn verhalten, die den Kollegen Westerwelle nicht wegen seiner Tat, sondern wegen mangelnder Eleganz bei der Tausausführung verurteilt.

(...) Was Sie und Herr Westerwelle hier versuchen, ist, mitten in der schwersten Nachkriegskrise Deutschlands den berechtigten Zorn der Menschen, die hart arbeiten und dafür zu wenig Geld bekommen, auf die Arbeitslosen zu lenken, um von denen abzulenken, die ihnen die Krise eingebrockt haben. Dieser Versuch wird hier unternommen.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es passiert ja nicht zum ersten Mal in der deutschen Geschichte, dass man auf diese Art und Weise Krisen verarbeitet. Ich höre auch schon die Stimmen

derjenigen, die sagen, es seien besonders viele Migrantinnen und Migranten unter den Leistungsverweigerern. Das ist dann der nächste Zug ins Rassistische.

(...) Wir kennen das alles. Ich sage Ihnen: Damit betreiben Sie ein gefährliches Spiel. Wer in einer schweren Wirtschaftskrise versucht, die Menschen, die am härtesten betroffen sind, gegeneinander aufzubringen und Hass gegen Minderheiten, gegen angebliche Faulenzer etc. um des gesunden Volksempfindens willen zu erzeugen, der hat aus der deutschen Geschichte nichts gelernt gar nichts.

(Beifall bei der LINKEN). Wer das deswegen macht, weil er sich davon verspricht, dass seine Umfragewerte steigen, womit er offensichtlich keinen allzu großen Erfolg hat, dessen Handeln kann man nur noch als schäbig bezeichnen. Das ist schäbig, um es in aller Deutlichkeit zu sagen. Das war eine strategische Entscheidung, die wir Ihnen aber nicht durchgehen lassen. Wir sind Ihnen an einem Punkt sogar dankbar für diese Leistungsdebatte. Erinnern Sie sich bitte an Folgendes: Das alte Rom ist an der Käuflichkeit und Korruption der Politik

zugrunde gegangen. Pontius Pilatus ist wegen Steuerhinterziehung nach Judäa strafversetzt worden. (Paul Lehrieder (CDU/CSU): Das ist die Geschichtsschreibung der SED!)

Wer sich für Politik bezahlen lässt, der bewegt sich in der Tat auf den Pfaden der spätrömischen Dekadenz.

(Beifall bei der LINKEN; Karl Schiewerling (CDU/CSU): Das hat im Geschichtsbuch der DDR gestanden!)

Wo ist in der Krise der Beitrag derer, die diese Krise verursacht haben? Wo ist der Beitrag der Investmentbanker? Wo ist der Beitrag der Boni-Empfänger? Wo ist deren Beitrag? Anstatt darüber zu reden, reden Sie über Arbeitslose und Hartz-IV-Empfänger. Das ist schäbig, lieber Kollege Kolb. (...)

Wer arbeitet, muss mehr verdienen, und Hartz IV-Sätze müssen erhöht werden

„Wer arbeitet, muss mehr haben als derjenige, der nicht arbeitet“, so Westerwelle. Die große Mehrheit der Bevölkerung sieht dies ähnlich. Aber was meint Westerwelle: Verdienen die Arbeitenden zu wenig oder bekommen die Erwerbslosen zu viel Geld? Er zielt auf die Erwerbslosen. Hartz IV dürfe nicht erhöht werden. Aus seiner Partei gab es auch schon Stimmen nach einer 30-prozentigen Kürzung. Es schwingt immer der Vorwurf mit: Hartz IV-Empfänger machen sich einen Lenz auf Kosten der arbeitenden Menschen. Die große Mehrheit der Hartz-IV Empfängerinnen und Empfänger wollen jedoch arbeiten. Sie finden jedoch keine Jobs und alleinerziehenden Frauen fehlen Betreuungsmöglichkeiten für ihre Kinder. Wegen einer völlig verfehlten Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Und wenn Erwerbslose eine Arbeit bekommen zahlen viele von ihnen keine oder wenig Steuern. Nicht weil sie diese hinterziehen, in der Schweiz ihr Vermögen verstecken. Sie können kaum Steuern zahlen, weil sie mit „dekadenten“ Hunger- oder Niedriglöhnen abgespeist werden. Schröder hat mit den Grünen, aber auch mit Union und FDP dafür gesorgt, dass sich für viele Leistung eigentlich nicht mehr lohnt. Heute arbeiten rund 25 Prozent der Beschäftigten im Niedriglohnsektor. Ein trauriger Rekord: Damit liegt Deutschland mit den USA an der Weltspitze.

System von Niedriglöhnen und Hartz IV
Viele Hunger- und Niedrigeinkommen liegen unter oder in der Nähe der Hartz-IV-Sätze. Deshalb erhalten 1,4 Millionen Menschen, obgleich sie arbeiten



„Sozial ist, was Kaufkraft schafft“ – so ging die Gewerkschaft Verdi in die Lohnauseinandersetzung im öffentlichen Dienst. Zahlreiche Beschäftigte beteiligten sich an Warnstreiks wie hier am 4. Februar in Stuttgart. (Bild: R. Hägele)

gehen, zusätzliche Leistungen aus dem Hartz-IV-System. Ihre Einkommen werden aufgestockt. Das kostet mittlerweile rund zehn Milliarden Euro. Dieses Geld der Steuerzahler könnte unverzüglich eingespart werden. Mit einem Mindestlohn von zehn Euro! Denn die Steuerzahler subventionieren Lohndrücker. Die wahren Sozialschmarotzer sind jene Unternehmer, die ihren Beschäftigten Hungerlöhne zahlen, weil sie wissen Vater Staat sorgt für den Lebensunterhalt. Westerwelle hat insofern sogar Recht: „Mehr und mehr werden diejenigen, die arbeiten in Deutschland, zu den Deppen der Nation.“

Westerwelle meint jedoch die Arbeitenden werden von den Hartz IV-Empfängern ausgebeutet. In Wirklichkeit liegen uns die Unternehmer immer mehr auf der Tasche. Die preisbereinigten Bruttolöhne sind in Deutschland in den letzten zehn Jahren als einzigem Industrieland gesunken. Lohndumping wurde vorangetrieben durch Befristungen, Leiharbeit, Minijobs und vor allem durch Angst vor Hartz IV. Dies hat Beschäftigte gefügig gemacht und Gewerkschaften geschwächt.

Hätten wir eine Lohnentwicklung in den letzten zehn Jahren wie in Frankreich, wären die Löhne um zehn Prozent höher. Wenn es wie in Großbritannien gelaufen wäre, gäbe es sogar 20 Prozent mehr. Dann bräuchte sich Westerwelle nicht aufzuregen: „Ich finde es geradezu skandalös, dass eine Kellnerin, wenn sie zwei Kinder hat und wenn sie verheiratet ist, im Schnitt 109 Euro weniger zur Verfügung hat, als wenn sie beispielsweise Hartz IV beziehen würde.“ Dann hätte diese Kellnerin nämlich deutlich mehr.

Gesetzlicher Mindestlohn von 10 Euro! Und da „das so nicht weitergehen kann“ – wie Westerwelle betont –, brauchen wir als Sofortmaßnahme den gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro. Außer-

dem muss das Arbeitslosengeld II auf 500 Euro angehoben werden. Finanzierbar ist dies durch Steuererhöhungen für wirkliche Reiche. Zum Beispiel durch die Wiedereinführung der Vermögensteuer als Millionärsteuer. Das brächte allein 80 Milliarden Euro. Für Westerwelle ist das Sozialismus. Für die Mehrheit der Bevölkerung ist dies soziale Gerechtigkeit.

Michael Schlecht, MdB, Chefvolkswirt Fraktion DIE LINKE, Gewerkschaftspolitischer Sprecher im Parteivorstand

Bürgerversicherung statt Kopfpauschale !

Klaus Ernst: Gesundheitskommission ist eine Farce

Der stellvertretende Vorsitzende der LINKEN, Klaus Ernst, kritisiert die Regierungskommission zur Gesundheitsreform als „Farce“. Die CSU müsse jetzt den Worten Taten folgen lassen und die Koalition mit der FDP beenden, wenn sie die Kopfpauschale wirklich verhindern wolle. Er erklärt: Diese Kommission ist eine Farce. Die Regierung macht sich lächerlich. Da sitzen jetzt acht Minister zusammen und verhandeln den Koalitionsvertrag neu. Scheinbar haben Merkel und Seehofer bei der Unterschrift geschlafen und nicht gemerkt, dass die FDP ihnen da die Kopfpauschale untergejubelt hat. Vor allem die CSU muss jetzt endlich den Worten Taten folgen lassen. Wenn sie die Kopfpauschale beerdigen will, dann muss sie diese Regierung beerdigen. Man kann nicht heute gegen den Kahlschlag im Gesundheitswesen polemisieren und sich morgen mit den Sozialstaatschassern von der FDP an einen Kabinettschisch setzen. Die Kopfpauschale ist unsozial. Wenn sie zu niedrig ist, reicht das Geld nicht für eine ordentliche Gesundheitsversorgung aus. Wenn sie zu hoch ist, können sich viele Gesundheit nicht mehr leisten. Der angebliche Sozialausgleich macht Millionen ohne Schuld zu Sozialfällen. Das ist Hartz im Gesundheitswesen. Es gibt nur eine echte Alternative. Wir brauchen eine Bürgerversicherung. Alle zahlen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit ein. Alle sind versichert. Dann wäre Gesundheit bezahlbar und gerecht finanziert.

Richard Pitterle, erste Rede am 28. Januar im Bundestag – und dann das ...

Umsatzsteuerermäßigung für Hotellerie zurücknehmen

„Einen Monat ist die Regelung zur Steuerermäßigung für die Übernachtung in Hotels alt, und schon hat sie für viel Aufregung und die heutige Debatte im Bundestag gesorgt. (...) Wie sieht die Regelung in der Praxis aus? Durch die Umsatzsteuersenkung sind weder die Hotelpreise gesunken, noch haben die Hotelbeschäftigten mehr Geld bekommen. Hingegen haben Sie für mehr Bürokratie gesorgt. Jetzt werden die Übernachtung mit 7 Prozent, das Frühstück und andere Zusatzleistungen des Hotels aber mit 19 Prozent besteuert. Diese Zusatzleistungen müssen auf der Rechnung extra ausgewiesen werden. (...) Bisher bekam zum Beispiel eine Betriebsrätin oder ein Betriebsrat nach einer Schulung eine Rechnung des Hotels, die beim Arbeitgeber zur Auszahlung eingereicht werden konnte. In dieser Rechnung war die Übernachtung mit Frühstück in einem Gesamtbetrag ausgewiesen. Da ich vor meiner Wahl in den Bundestag als Rechtsanwalt tätig war, rufen mich heute die Mandanten an und fragen, ob es sein könne, dass der Arbeitgeber für das mit 12 Euro ausgewiesene Frühstück nur noch den steuerlichen Pauschbetrag von 4,80 Euro bezahlen müsse. Sie sind ziemlich aufgebracht, (...) sie finden auf der Hotelrechnung Positionen, die vom Arbeitgeber nicht mehr in voller Höhe erstattet werden; wenn doch, werden sie als vermögenswerte Vorteile versteuert. (...) Meine Damen und Herren der Koalition, wenn Sie schon nicht auf die Meinung der Expertinnen und Experten gehört haben, dann sollten Sie sich anschauen, was für einen Schlamassel Sie in der Realität angerichtet haben.“

Und dann das:

Der stellvertretende FDP-Vorsitzende Pinkwart, bestätigte Richard Pitterles Anliegen. Zwischenzeitlich gibt es eine Durchführungsvorschrift, die in Richards Sinne diesem bürokratischen Monster die Zähne gezogen hat: Jetzt können Arbeitnehmer bei Dienstreisen das Frühstück wieder voll pauschaliert abrechnen.

„Wahrscheinlich stehen zu viele Parteimitglieder der FDP auf der Liste“

Rottenburgs OB Stephan Neher (CDU) zur Entscheidung der Landesregierung die Steuerbetrüger-CD nicht zu kaufen.

Gauche und Linke

Am 16. Januar 2010 fand in Belfort eine Tagung der Parti de Gauche der Region Franche Comté statt, zu der auch Mitglieder der LINKEN eingeladen waren.

So reisten Genossinnen und Genossen aus Freiburg und Heilbronn an. Am Vormittag diskutierten Helène Franco, Spitzenkandidatin der Region bei den vergangenen Europawahlen, Lars Steinau aus Paris und Dirk Spöri für den Landesvorstand Baden-Württemberg über die Erfahrungen mit der Gründung der LINKEN im Vergleich mit den Entwicklungen in Frankreich der vergangenen zwei Jahre. Nachdem sich Anfang 2009 die Parti de Gauche auch nach dem Vorbild der LINKEN gegründet hatte, gab und gibt es Bestrebungen zu Wahlbündnissen mit anderen französischen Linksparteien. Zu den Europawahlen 2009 entstand so gemeinsam mit der Parti Communiste die „Front de Gauche“, der der Einzug ins EU-Parlament gelang. Im Frühjahr 2010 stehen nun landesweit Kommunalwahlen an, bei denen es auch Bündnisse mit der ebenfalls neu gegründeten „Nouveau Parti Anticapitaliste“ (Neue Antikapitalistische Partei), den „Alternatifs“ und anderen Gruppen geben wird. Am Nachmittag fand eine Diskussion zu inhaltliche Fragen statt. Die Region um Belfort ist ähnlich wie Baden-Württemberg von der Automobilindustrie geprägt und dadurch aufgrund der Exporteinbrüche hart von der Krise getroffen. Die französische Linke stellt sich deshalb ebenso wie DIE LINKE die Frage, wie ein ökologischer Umbau der Wirtschaft möglich und zu einer besseren Lebensperspektive für die Beschäftigten führen kann. Aufbauend auf diesen Diskussionen wird in den nächsten Monaten ein Austausch von Gewerkschaftern aus der Franche-Comté mit Kolleginnen und Kollegen aus Baden-Württemberg sowie eine Teilnahme an Konferenzen der AG Betrieb und Gewerkschaft angestrebt.

Als Linke sollten wir verstärkt eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit suchen, denn internationale Solidarität ist eine notwendige Antwort auf die schärfer werdende Standortkonkurrenz.

Volker Bohn und Dirk Spöri



Wir im Bundestag, Landesgruppe DIE LINKE. BaWü

Südwest-LINKE gegen Truppenaufstockungen

Gedenkaktion zum Kunduz-Bombardement im Plenum / Linksfraktion von Sitzungstag ausgeschlossen

DIE LINKE hat heute im Bundestag gegen die Verlängerung des Kriegseinsatzes und gegen die Truppenaufstockung gestimmt und mit einer Gedenk- und Protestaktion, an die Toten des Kunduz-Bombardements erinnert. Die Abgeordneten der Südwest-LINKEN beteiligten sich aktiv an der Aktion.

DIE LINKE kritisierte mit ihrer Aktion, dass es bis heute seitens der Bundesregierung noch keine offizielle Entschuldigung gegenüber den Angehörigen der Opfer gegeben hat.

Militärische Aufstandsbekämpfung und Schutz der Bevölkerung sind unvereinbar. Die Bombardierung der Tanklaster wird nach der Verlängerung des Mandats nicht die letzte dieser Art bleiben. Deutschland ist an einem Krieg gegen die einfache Bevölkerung in Afghanistan beteiligt.

DIE LINKE ist auch weiterhin der Meinung, dass die Anwesenheit der Bundeswehr sich nicht positiv auf den zivilen Wiederaufbau oder die humanitären Hilfe auswirkt. Im Gegenteil: die „zivilmilitärische Zusammenarbeit“ ordnet die zivile Hilfe den militärischen Zielen unter und zieht die Hilfsorganisationen in den Krieg hinein. Eine wirksame zivile Aufbauhilfe setzt einen sofortigen Abzug der Bundeswehr voraus.

Dass auch Abgeordnete der Grünen – begrüßenswerterweise aber nicht aus dem Südwesten – und der SPD mit Ja gestimmt haben, zeigt sie stehen teilweise immer noch an der Seite der Kriegswilligen, selbst gegen die zunehmende Einsicht in der eigenen Partei, dass mit Krieg kein Frieden zu machen ist. Solange Grüne und SPD sich nicht ganz eindeutig gegen deutsche Kriegseinsät-

ze im Ausland stellen, sind sie für uns nicht koalitionsfähig,“ kommentiert Karin Binder das Abstimmungsverhalten ihrer Grüne- und SPD-Kollegen in der namentlichen Abstimmung.

Das Gesamt-Abstimmungsergebnis war wie folgt: 429 Ja, 111 Nein und 46 Enthaltungen. Eine Übersicht über das Abstimmungsverhalten der Grünen und der SPD findet sich am Ende des Textes.

Abstimmungsverhalten der SPD- und Grünen-Abgeordneten aus Baden-Württemberg

Ja = Für Truppenaufstockung und Mandatsverlängerung:

SPD-Abgeordnete

Kressl, Nicolette (Rastatt/Baden-Baden)
• Drobinski-Weiß, Elvira (Offenburg)
• Mast, Katja (Pforzheim) • Binding, Lothar (Heidelberg) • Erler, Gernot (Freiburg) • Vogt, Ute (Stuttgart) • Lange, Christian (Backnang-Schwäbisch Gmünd) • Mattheis, Hildegard (Ulm/Alb-Donau) • Roth, Karin (Esslingen) • Kumpf, Ute (Stuttgart) • Friedrich, Peter (Konstanz) • Arnold, Rainer (Nürtingen) • Gerster Martin (Biberach)

Enthaltung

SPD-Abgeordnete

Scheer, Dr. Hermann (Waiblingen)

Grüne-Abgeordnete

Schick, Dr. Gerhard (Mannheim) • Bonde, Alexander (Emmendingen) • Andrae, Kerstin (Freiburg) • Kuhn, Fritz (Heidelberg) • Bender, Birgitt (Stuttgart) • Hönlinger, Ingrid (Ludwigsburg)

Nein

SPD-Abgeordnete

Juratovic, Josip (Heilbronn)

Grüne-Abgeordnete

Kilic, Memet (Pforzheim) • Kotting-Uhl, Sylvia (Karlsruhe) • Müller-Gemmeke, Beate (Reutlingen) • Malczak, Agnes (Ravensburg) • Hermann, Winfried (Tübingen)

50 Jahre Ostermarsch: ... für eine Welt, die von Kriegen nichts mehr hält!

Bundeswehr raus aus Afghanistan! – anstatt rein in die Schulen!

Seit 50 Jahren marschieren wir an Ostern gegen Atomwaffen, gegen Rüstung und gegen Krieg. Für Frieden für Verständigung und internationale Zusammenarbeit.

Hat es was gebracht?

Es ist wahr: in diesen 50 Jahren wurden schreckliche Kriege geführt: in Vietnam, im Nahen Osten, in Afrika. Auch die Bundeswehr war und ist schon wieder dabei: in Jugoslawien, am Horn von Afrika, in Afghanistan. Der Rüstungshaushalt ist trotz des lange vergessenen Kalten Krieges und trotz der Krise der höchste in der Geschichte. Atomwaffen bedrohen auch von deutschem Boden aus

**Karsamstag, 3. April
Ostermarsch 2010 in Stuttgart**

**12 Uhr Deserteursdenkmal beim
Theaterhaus, Siemenstr. 11
Auftrittkundgebung mit Ludwig
Baumann – Deserteur des Zweiten
Weltkrieges**

**ca. 14 Uhr Vor dem Kultusministerium,
Schlossplatz, Kundgebung**

die ganze Menschheit. Die Außenpolitik scheint nur eine Methode zu kennen: Eingreif und Interventionstruppen in allen Teilen der Welt. Aber die Menschen sehen das anders als die Politiker.

Die Mehrheit ist für Frieden!

Die Menschen haben gelernt, dem politischen Allheilmittel Militär und Krieg gründlich zu misstrauen. Millionen gingen in den 80er Jahren gegen neue Raketenrüstung auf die Straße, in den 90er gegen die Kriege gegen Irak und Jugoslawien, seit 2001 gegen die neuen Kriege in Afghanistan, im Irak und in anderen Teilen der Welt. Niemals in all diesen Jahren gab es in unserem Land eine mehrheitliche Zustimmung zu den aktuellen Aufrüstungs- und Kriegsprojekten. Nicht immer gingen die Menschen mit uns auf die Straße, aber immer lehnten sie mit großer Mehrheit Aufrüstung, Krieg und Militarisierung der Gesellschaft ab.

Das gibt uns Mut.

Deshalb marschieren wir auch in diesem Jahr. Wir haben allen Grund dazu.

Die Situation der Bevölkerung in Afghanistan verschlimmert sich täglich. 61 % der Bevölkerung sind chronisch unterernährt. Die Lebenserwartung ist auf 43,1 Jahre gesunken. Die Alphabe-

tisierungsrate ist auf 23,5 % gefallen. Gesicherter Zugang zu Trinkwasser gibt es nur für 13 % der Bevölkerung. Unicef stellte 2009 fest: Afghanistan ist weltweit das schlimmste Land, in das ein Kind geboren werden kann.

Für Frieden in Afghanistan!

Am erschreckendsten ist die ständig steigende Zahl der Opfer dieses Krieges bei den eingesetzten Soldaten vor allem aber unter der afghanischen Zivilbevölkerung. So hat ein deutscher Oberst der Bundeswehr den Tod von ca. 150 Menschen beim Massaker in Kundus befohlen. Und schon wieder ist nicht das Ende, sondern die Ausweitung des Krieges beschlossen: Mehr Waffen, mehr Soldaten, mehr Tod!

Für eine bundeswehreffreie Schule!

Statt die Forderung der Menschen nach dem Ende des Krieges ernst zu nehmen, soll das Militärische verstärkt in die Schulen getragen werden: In einer Vereinbarung mit der Bundeswehr hat die Landesregierung ausgerechnet das Militär mit Schulunterricht und Lehrerbildung zu den Themen „Sicherheitspolitik“, globale Konfliktverhütung“, Krisenbewältigung“ und „nationale Interessen“ betraut. Gerade das kann die Bundeswehr, die ausschließlich für die Landesverteidigung zuständig ist, nicht. Die Bundeswehr hat in Klassenzimmern und in der Lehrerbildung genau so wenig zu suchen wie in Afghanistan. Wir wehren uns gegen die Militarisierung der Schulen und der Gesellschaft.



Für eine atomwaffenfreie Welt!

Wir wollen, dass die atomare Bedrohung endlich beendet wird. Notwendige Schritte dazu sind der Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen und der längst überfällige Abzug der Atomwaffen aus Büchel. Atomwaffen müssen geächtet werden und von unserer Erde verschwinden. Eine Welt ohne Atomwaffen ist möglich. Im Mai findet in New York die 7. Überprüfungs-konferenz des Atomwaffensperrvertrages statt. Gemeinsam mit der weltweiten Friedensbewegung rufen wir die Konferenz-Staaten auf: unternimmt endlich konkrete Schritte zum Abbau der Atomwaffen!

Auch im 50. Jahr der Ostermärsche fordern wir, was selbstverständlich sein sollte:

**Frieden, Abrüstung und eine offene, demokratische Gesellschaft.
Vernunft muss her, statt Militär!**

Die Linke Baden-Württemberg unterstützt diesen Aufruf des Friedensnetzes Baden-Württemberg

Bundeswehr raus aus den Klassenzimmern!

Anlässlich der landesweiten Demonstration am 23.1. in Freiburg gegen die Kooperationsvereinbarung Bundeswehr/Schulen forderten Dirk Spöri, aus dem Landesvorstand der Südwest-LINKEN, und Thomas Haschke, Sprecher der Landesarbeitsgemeinschaft Frieden, die sofortige Auflösung der Vereinbarung zwischen Land und Militär.

„Wir fordern die sofortige Auflösung der Kooperationsvereinbarung“, so Thomas Haschke und weiter „Das Klassenzimmer ist kein Ort für Rekrutierungen durch die Bundeswehr! Junge Menschen finden keinen Ausbildungsplatz, können es sich nicht leisten, zu studieren. Statt hier zu helfen, kooperiert die Landesregierung mit der Armee und schickt die Leute in den Krieg. DIE LINKE Baden-Württemberg fordert Investitionen in Ausbildungs- und Arbeitsplätze und damit eine Zukunft für junge Menschen. Doch das selbsternannte Kinderland Baden-Württemberg schickt seine Kinder in den Krieg.“

Dirk Spöri vom Landesvorstand weiter: „Die Bundeswehr hat ein Problem: die Mehrheit der Menschen lehnt den Krieg in Afghanistan und die Beteiligung der Bundeswehr daran ab. Dieses Problem soll gelöst werden, in dem die Bundeswehr schon in der Schule ihre Kriegseinsätze rechtfertigen darf.“

Spöri und Haschke begrüßen die landesweite Demonstration in Freiburg gegen die Kooperation von Schulen und Armee, denn es kann nur heißen: „Bundeswehr raus aus den Schulen!“

Linksjugend [solid] wächst!

In den letzten Wochen gründeten sich in Esslingen, Ludwigsburg, Heilbronn und Waiblingen neue Ortsgruppen. Die Adressen aller Ortsgruppen sind auf www.solid-bw.de zu finden.

Waiblingen is part of the solution!

In Waiblingen, dem gelben Sumpf Baden-Württembergs, nahe Stuttgart hat sich am Mittwoch, den 13. Januar eine neue Solid-Ortsgruppe gegründet. „Wir wollen zeigen, dass auch wir nicht mit der politischen Entwicklung in diesem Land einverstanden sind, und dass wir durchaus bereit sind, das auch laut und deutlich zu sagen“, sagt Cedric Braun, Sprecher der Gruppe.

Thematisch hat sich die Gruppe vorgenommen, sich mit Faschismus, deutscher Kriegspolitik und der klassischen Bildungspolitik auseinander zu setzen. Außerdem sind drei Themenabende zur Idee des demokratischen Sozialismus geplant, an denen Parteigenossen zur historischen Entwicklung, dem Scheitern der DDR und der Abgrenzung vom Kommunismus sprechen werden. „Es ist wichtig, Vorurteile zu bekämpfen um eine Grundlage zu schaffen, sodass die Menschen überhaupt erst einmal zuhören. Wenn man sich im täglichen Leben als Linker outet, wird man meist als Kommunist bezeichnet. Dass das Eine mit dem Anderen nicht viel zu tun hat ist vielen Menschen gar nicht bewusst.“

Unterstützt werden die jungen Erwachsenen auf diesem Weg vom Kreisverband der Linken sowie dem Landesverband Linksjugend [solid]. Kontakt: [solid-waiblingen\[at\]gmx.de](mailto:solid-waiblingen[at]gmx.de)

Bericht der Ortsgruppe Heilbronn

Ein genaues Datum für die Gründung der Ortsgruppe Heilbronn kann man nicht nennen. Es gab mehrere Treffen verschiedener Mitglieder der Linksjugend und der Linkspartei Heilbronn, woraus die Ortsgruppe entstand. Aktiv ist die Ortsgruppe seit Dezember. Seit diesem Zeitpunkt kämpft sie auch mit dem Ring politischer Jugend und seiner Vorsitzenden (ein sehr „nettes“ JU-Mitglied) für eine Mitgliedschaft. Es gibt eine gute Zusammenarbeit mit der örtlichen Parteistruktur, und Linksjugend [solid] Heilbronn wird auch bald einen Platz im neuen Heilbronner Parteibüro bekommen. Erste Aktionen, die sich in Planung befinden sind, ein Infostand mit eigenen Flyern und mit Flyern der Linksjugend, die schon vorhanden sind, eine kleine T-Shirt Aktion mit dem Logo der Linksjugend [solid] und zu-

sätzlich zu dem Infostand noch eine Verteilaktion an den Heilbronner Schulen. „Wir hoffen, dass wir all unsere Ziele und Projekte durchführen können und dass wir weiterhin wachsen. Wir bieten außerdem allen Ortsgruppen gerne unsere Hilfe an bei Veranstaltungen oder Sonstigem. Kontakt: [heilbronn\[at\]solid-bw.de](mailto:heilbronn[at]solid-bw.de)

Dresden nazifrei: erfolgreiche Massenblockade

Um ungefähr 1.30 Uhr fuhren wir mit vier Bussen, gefüllt mit ca. 200 Genossen, am Stuttgarter ZOB los. Nach ein paar Stunden Fahrt trafen wir uns an einer Autobahnraststätte mit den anderen Bussen der Genossen aus Karlsruhe,



Tübingen, Freiburg und Konstanz, um mit diesen im Konvoi weiter zu fahren. Etwa 90 Minuten vor Dresden waren die Busfahrer aufgrund ihrer Vorschriften dazu gezwungen, auf einem Rasthof eine Pause einzulegen. Dort angekommen fuhr nach wenigen Minuten ein Bus der Faschisten in unsere Mitte, offenbar in der Annahme es handele sich bei unseren Bussen um Ihresgleichen. Als sie ihren Irrtum erkannten, griffen die Faschisten unsere Reisebusse an und es gab kurze Ausschreitungen, bei welchen es auf beiden Seiten blutige Nasen zu vermelden gab. Nach dieser ersten Konfrontation fuhren wir, geschlossen direkt nach Dresden, wo wir uns zusammen mit den anderen Genossen in Richtung Blockadepunkt 3 begaben. Zunächst stellte sich uns die Polizei in den Weg, ließ uns aber nach kurzer Zeit durch. Sitzblockaden mussten wir keine bilden, da keinerlei Anstalten seitens der Polizei gemacht wurden, den Platz zu räumen, sodass wir den Faschisten stehend den Weg versperren konnten. Durch die Verhandlungen Bodo Ramelows mit der Einsatzleitung und durch das Liveradio, bekamen wir mit, dass die Polizei die Faschisten gekesselt hatte und nicht plante, unsere Blockade aufzulösen. Weiter wurden wir darüber informiert, dass es den Faschisten nicht möglich sei, ihre Demo durchzuführen. Später erfuhren

wir dann jedoch, dass sich einige Faschisten zu einer illegalen Spontandemo zusammen gefunden hatten, die dann aber aufgelöst wurde.

Ab ca. 15 Uhr gab es dann doch noch die Erlaubnis für die Gegenseite, eine offizielle Demo durchzuführen, mit der Einschränkung, dass diese um 17 Uhr beendet sein müsse. Doch dank einiger Spontanblockaden der Antifaschisten und Antifaschistinnen konnte diese nicht stattfinden. (...).

Als wir auf unsere Busse warteten, die uns nach Stuttgart zurück bringen sollten, erfuhren wir, dass diese von den Faschisten angegriffen wurden. Ein Bus war beschädigt. Die eingeschlagene Fensterscheibe ließ sich mit Kartons und Klebeband notdürftig reparieren.

Auf der Rückfahrt mussten wir nochmals erfahren, was polizeiliche Repression heißt: Auf einer kleinen Raststätte wurden wir aufgehalten. Grund war eine absurde Anschuldigung: Uns (bzw. den dreien aus dem Orgateam, die sich für verantwortlich erklärt hatten) wurde „schwerer Landfriedensbruch“ im Bezug auf die Auseinandersetzung mit dem Faschobus, auf dem Hinweg vorgeworfen. Nach diesem letzten, Zwischenfall, konnten wir ungestört nach Stuttgart zurückfahren. An dieser Stelle noch einmal großen Dank an das Orgateam, ohne dass das ganze nicht möglich gewesen wäre!

Lissy Bott & Johannes Domeyer

Totalversagen: Baden-Württemberg Spitze bei Nachhilfeunterricht

Am 28. Januar wurde eine Bertelsmann-Studie zum Thema „Nachhilfe“ vorgestellt. Baden-Württemberg belegt dabei den Spitzenplatz.

Dazu erklärt Andreas Rose, Landessprecher von Linksjugend [solid] Baden-Württemberg: „Diese Zahlen zum Nachhilfeunterricht in Baden-Württemberg sind ein weiterer Auswuchs des bildungspolitischen Totalversagens dieser Landesregierung. In keinem anderen Bundesland haben Schülerinnen und Schüler den Nachhilfeunterricht so nötig wie im ‚Ländle‘. 131 Euro geben Schüler im Südwesten durchschnittlich pro Jahr für Nachhilfe aus. Bereits in der vierten Klasse benötigen mehr als 18 Prozent der Schülerinnen und Schüler Nachhilfe zusätzlich zum Deutschunterricht.“

Besonders krass sticht Baden-Württemberg beim Fach Mathematik heraus. Hier besuchen mehr als 24 Prozent der Schüler einen privaten Nachhilfeunterricht, bundesweit sind es nur 19 Prozent.

Die soziale Spaltung wird dadurch in besonderem Maße verschärft. Bildung hängt in Baden-Württemberg stärker als in anderen Bundesländern vom Geldbeutel der Eltern ab. Wer arm ist, kann sich keinen Nachhilfeunterricht leisten, und bleibt auf der Strecke!

Statt diese Auslese zu stoppen, verschärft die Landesregierung diese Missstände zum Beispiel mit dem erhöhten Leistungsdruck im Achtjährigen Gymnasium.“

Linksjugend[,solid]Baden-Württemberg fordert: • Sofortige Rücknahme des achtjährigen Gymnasiums • längeres gemeinsames Lernen in inklusiven Gemeinschaftsschulen im Ganztagesbetrieb. • Statt Selektion und ständiger Nachverdichtung von Lehrplänen, leistungsorientierter Kopfnoten und Sanktionen fordern wir das gemeinsame, solidarische und soziale Lernen in kleineren Klassenverbänden. • Sofortige Abschaffung sämtlicher Bildungsgebühren und die Durchsetzung der Lernmittelfreiheit

„Wie weiter nach den Bildungsstreiks?“

Bericht vom LINKEN Studierendentreffen am 7.2. in Karlsruhe

Im Rahmen der Bildungsstreiks waren sowohl im Juni 2009 als auch im

November 2009 tausende Studierende aktiv – gemeinsam mit Schülerinnen und Schülern, aber – wie im Juni – auch mit Erzieherinnen und Erziehern sowie anderen gesellschaftlichen Gruppen.

Der Protest der Schüler und Studierenden richtet sich gegen den neoliberalen Umbau der Unis im Rahmen des Bologna-Prozesses, insbesondere aber auch gegen das extrem selektive Bildungssystem in Baden-Württemberg mit dreigliedrigem Schulsystem, Turbo-Abi und Studiengebühren. Höhepunkte der Proteste im letzten Jahr waren der Bildungsstreik im Juni in Stuttgart mit 15.000 bis 20.000 Teilnehmern und die Hörsaal-Besetzungen im Winter, insbesondere die Besetzung des Audimax der Uni Freiburg über fast zwei Monate.

Der Studierendenverband Die Linke. SDS hat bundesweit in dem Bildungsstreik-Bündnis eine zentrale Rolle gespielt. Die Linke.SDS und Linksjugend solid waren vor Ort in vielen Städten aktiv an den Bildungsstreiks beteiligt. DIE LINKE und linke Bundesabgeordnete solidarisierten sich mit den Protesten und unterstützten sie aktiv.

Bei den Landtagswahlen 2011 wird Bildungspolitik eines der zentralen Themen sein, aber schon dieses Jahr im Sommer sollen die Bildungsstreiks fortgesetzt werden – hoffentlich gemeinsam mit den Krisenprotesten.

Bei einem landesweiten Vernet-

zungstreffen am 7. Februar in Karlsruhe haben sich Studierende aus LINKE, Die Linke.SDS und Linksjugend solid über die Erfahrungen ausgetauscht und Ideen zu gemeinsamen Aktivitäten auf Landesebene im weiteren Verlauf des Jahres gesammelt.

Teilgenommen haben an diesem Treffen Studierende aus Freiburg, Heidelberg, Karlsruhe und Ludwigsburg sowie Vertreter des Landesvorstands. Folgende Verabredungen sind aus den regen Diskussionen entstanden:

* Durchführung einer landesweiten, bildungspolitischen Tagung in Zusammenarbeit mit der Linksjugend solid am 19. oder 26. Juni 2010

* Einberufung einer Landesmitgliederversammlung linker Studierendender aus Die Linke.SDS und DIE LINKE im Juli 2009

* Angebot einer Veranstaltungsrundreise zu Beginn des Wintersemesters 2010/2011 insbesondere für Hochschulen ohne oder mit wenig SDS-Strukturen

* regelmäßiger Austausch mit der Linksjugend solid, dem Landesvorstand der LINKE Baden-Württemberg und der LAG Bildung, insbesondere im Vorfeld des Bildungsstreiks im Sommersemester (9. Juni) und der Krisenproteste im Sommer (12. Juni, Stuttgart)

* Austausch auf vor Ort und auf Landesebene mit andere gesellschaftlichen Gruppen, insbesondere Gewerkschaften.

Seminare / Workshops

■ **NEOLIBERALISMUS: IDEOLOGIE – PRAXIS – GEGENWEHR**
Stuttgart | 23. - 25. April

Im Seminar wollen wir vier Fragen diskutieren:

1. Was heißt eigentlich Neoliberalismus?
2. In welcher Weise baute der Neoliberalismus Ökonomie, Politik, Sozialstaat und Bildung/Wissenschaft um?
3. Was macht der Neoliberalismus mit jeder Einzelnen und jedem Einzelnen?
4. Welche Perspektiven des Widerstands gibt es?

■ **ERFOLGREICHE KAMPAGNENFÜHRUNG IN DER KOMMUNALPOLITIK: LEHREN AUS DEM KAMPF GEGEN DIE WOHNUNGSPRIVATISIERUNG IN FREIBURG**
Ort und Zeit (voraussichtlich Juli) werden noch bekannt gegeben

Das Seminar will Raum schaffen für den Austausch zwischen KommunalpolitikerInnen und kommunalpolitisch Aktiven aus verschiedenen Orten des Landes.

Es soll gemeinsam am Beispiel der erfolgreichen Verhinderung der Wohnungsprivatisierungen in Freiburg erarbeitet werden, was erfolgreiche Kampagnenführung in der Kommunalpolitik ausmacht und was sich für die eigene Praxis vor Ort lernen lässt.

■ **FRAUENSOMMERAKADEMIE**
Ort und Zeit (voraussichtlich August) werden noch bekannt gegeben

Die Frauensommerakademie will einen Ort schaffen, an dem Frauen sich über ihre persönlichen Erfahrungen in der Politik, in Parteien und Organisationen austauschen können.

Es soll über feministische Theorien gesprochen werden, mit denen diese Erfahrungen gefasst werden können und es soll nach Wegen gefragt werden, wie Frauen ihren Erfahrungen und Forderungen in Organisationen und Parteien mehr Gewicht verschaffen können.

An der Akademie können nur Frauen teilnehmen.

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG BADEN-WÜRTTEMBERG

Vorträge / Diskussionen

- **ROT-ROT-GRÜN? DIE ZUKUNFT DER LINKEN IN DEUTSCHLAND**
11.03., 20:00 | Tübingen | Schlatterhaus, Österbergstr. 2
- **ENTWICKLUNG DER NEONAZISTRUKTUREN IN SÜDDEUTSCHLAND**
14.03., 18:00 | Stuttgart | Altes Feuerwehrhaus, Möhringer Str. 56
- **URSACHEN UND HINTERGRÜNDE VON NEOFASCHISMUS UND NPD**
15.03., 19:30 | Waiblingen | Kulturhaus Schwanen, Winnender Str. 4
- **NEONAZISTRUKTUREN UND LIFESTYLE IN BADEN-WÜRTTEMBERG**
17.03., 19:30 | Waiblingen | Kulturhaus Schwanen, Winnender Str. 4
- **LUDWIGSBURGER NS-TÄTER. MITLÄUFER, DENUNZIANTEN, MASSEMÖRDER**
26.03., 19:30 | Besigheim | Wartesaal – direkt im Bahnhof
- **DAS SOZIALISTISCHE CHINA IN WELTPOLITIK UND WELTWIRTSCHAFT**
13.04., 19:00 | Stuttgart | Forum 3, Gymnasiumstr. 21
- **BEITRAGEN STATT TAUSCHEN: MATERIELLE PRODUKTION NACH DEM MODELL FREIER SOFTWARE**
10.05., 19:00 | Reutlingen | Kulturzentrum franz.K, Unter den Linden 23
12.05., 19:00 | Stuttgart | genauer Veranstaltungsort wird noch bekannt gegeben
- **DER NEOLIBERALE SOZIALSTAAT: HARTZ IV UND AKTIVIERUNG**
13.06., 19:00 | Stuttgart | genauer Veranstaltungsort wird noch bekannt gegeben
- **UTOPISCHE REALPOLITIK - DIE NEUE LINKE IN LATEINAMERIKA**
01.07., 19:00 | Stuttgart | genauer Veranstaltungsort wird noch bekannt gegeben
02.07., 20:00 | Tübingen | genauer Veranstaltungsort wird noch bekannt gegeben

weitere Infos: www.rls-bw.de | schlager@rosalux.de | Tel. 0711-6936607
Für die Teilnahme an den Seminaren ist eine Anmeldung notwendig

Mappus mit neuem (r) Schick

Abgesehen von den Verbesserungen beim Klassenteiler, mit dem Ministerpräsident Oettinger bei den Landtagswahlen punkten wollte, glich seine Bildungspolitik zunehmend jenem lähmenden Aussitzen von Problemen, die kennzeichnend auch für die Endphase seines Vorgängers Teufels war. Der Wechsel zu Mappus und die überraschende Berufung von Marion Schick zur Kultusministerin zeigen auch, dass die CDU in Panik geraten ist – gerade wegen ihrer zunehmend auf Ablehnung stoßenden Bildungspolitik. Substantielle Änderungen wird es nicht geben, dafür eine professionelle Charmeoﬀensive. Bis zum Landtagswahlkampf 2011 wird es entscheidend darauf ankommen, hierzu glaubwürdige Alternativen zu entwickeln.

Schulschließungen verhindern

Ein gerade von der GEW vorgestelltes Schulentwicklungsgutachten zeigt: Schulschließungen können nur vermieden werden, wenn man die Strukturen ändert. „Als größtes Problem im Land erweist sich die strikte Festlegung auf das dreigliedrige Schulwesen in der Sekundarstufe mit Haupt-/Werkrealschule, Realschule und Gymnasium“, sagt der Konstanzer Soziologe Tino Bargel, der für das umfassende Gutachten verantwortlich zeichnet. „Damit werden der Entwicklung der Sekundarstufe enge Fesseln angelegt, ohne den demografischen Rückgang der Schülerzahlen und dem veränderten Schulwahlverhalten Rechnung zu tragen“, sagt er.

Proteste gegen Kürzungen der Lehrerstunden für Ganztageschulen

Für viele Ganztagesessschulen im Land soll ab dem nächsten Schuljahr die Zahl der Lehrerstunden, die jeder Klasse zustehen, von sieben auf fünf gekürzt werden. Neue Ganztageschulen bekommen schon seit mehreren Jahren nur noch fünf Stunden und sollen sich mit ehrenamtlichen Jugendbegleitern behelfen, was an diesen Schulen besonders schwer ist. Die Kürzung betrifft vor allem städtische Brennpunktschulen und wird besonders das pädagogische Angebot und die Fördermöglichkeiten an diesen Schulen verschlechtern. Die Linke Baden-Württemberg unterstützt die Proteste der Elternvertreter, Gemeinden und der GEW. Vorlagen für Protestbriefe und weitere Informationen können bei der LAG Bildung (lag-bildung@kabelbw.de) angefordert werden.

Bildungspolitik des Landes in der Sackgasse – Werkrealschule produziert neue Verlierer

75% der 1200 Hauptschulen in Baden-Württemberg sind inzwischen so klein, dass sie vom bevorstehenden Schlüßerrückgang in ihrer Existenz bedroht sind. Während andere Bundesländer die Schularten verbinden, geht Baden-Württemberg einen Sonderweg, der sich bald als Sackgasse der Schulentwicklung erweisen wird.

Neben kleinen Hauptschulen soll es nämlich ab dem Schuljahr 2010/2011 große „Werkrealschulen“ geben, die mit den beruflichen Schulen verbunden werden. Die Schüler und Schülerinnen der 10. Klassen fahren dann an zwei Tagen in der Woche zu den Berufsschulen. Schon in den Klassen 8 und 9 sollen drei Wahlpflichtfächer darauf vorbereiten. Um alle drei anbieten zu können, müssen Werkrealschulen mindestens zweizügig sein. Daher ist das Konzept auch ein Schließungsprogramm für viele kleine Standorte im Land. Meist wird es zu größeren Klassen und ungünstigeren Bedingungen kommen.

Statt eine Schulentwicklungsplanung zu betreiben, sollen die verbleibenden Standorte um die Schüler und Schülerinnen konkurrieren. Anträge von Gemeinden, die auf integrative Lösungen zielen, werden vom Land rigoros abgelehnt, so in Muldingen oder Karlsruhe.

Zusätzliche Chance nur für wenige – dafür neue Verlierer

Angeblich ist die Werkrealschule ein durchgängiger Bildungsgang, der zur

Mittleren Reife führt. In Wirklichkeit gibt es zwischen den Klassen 9 und 10 weiterhin eine Notenhürde, so dass sich die Chancen der Hauptschülerinnen und Hauptschüler nicht wesentlich verbessern. Zwar wurde der verlangte Notenschnitt abgesenkt, dafür zählen aber nur noch das Profulfach und die Hauptfächer, in denen die Anforderungen erhöht werden. Die allermeisten Schülerinnen und Schüler werden weiterhin nur den Hauptschulabschluss erreichen. Sie werden künftig erst recht als diejenigen dastehen, die „es nicht geschafft haben“. Ein Förderkonzept für diese Gruppe fehlt völlig. Das von der GEW schon lange geforderte 10. Schuljahr zur Chancenverbesserung für die Schwächeren wird weiterhin rigoros verweigert.

Von einem „durchgängigen Bildungsgang“ kann auch deshalb nicht gesprochen werden, weil viele Werkrealschulen auf verschiedene Standorte verteilt werden und die Schüler mindestens zweimal die Schule wechseln.

Profulfächer ohne Vorbereitung, Allgemeinbildung amputiert

Neu sind in Klasse 8 und 9 die zweistündigen Wahlpflichtfächer „Natur und Technik“, „Wirtschaft und Informationstechnik“ und „Gesundheit und Soziales“, in denen Inhalte des ersten Lehrjahrs vermittelt werden sollen. Ohne Vorbereitung der Lehrkräfte in völlig neuen Bereichen wie Fahrzeugtechnik und Bauwesen werden diese Fächer im

Rücktritt der Landeselternbeiratsvorsitzenden Staab

„Im Landeselternbeirat (LEB) herrscht Frustration ohne Ende.“ Mit diesen Worten hat die LEB-Vorsitzende Staab (CDU-Stadträtin) nach fünf Jahren den Bettel geworfen.

Das Engagement für echte Ganztageschulen, für die Abschaffung der verpflichtenden Grundschulempfehlung, gegen die „generell mangelhafte Personalpolitik“ von Helmut Rau und die jetzige Sparwut von Stächele (Stellenstreichungen wegen der „Lehrerschwemme“) – von den Vorschlägen des LEB „hat keiner Gehör gefunden“. „Die Regierung nimmt die Realität in den Schulen nicht zur Kenntnis.“

Staabs Rücktritt ist ein politischer Sargnagel für Rau und die CDU-Bildungspolitik. Denn sie entmündigt Schüler, Eltern und Lehrer und will den Protest von 450 Grund- und Hauptschulrektoren einschüchtern. Statt Unterrichtsausfall und überfüllte Klassen zu verhindern, das Fehlen von 750

Lehrkräften an Berufsschulen zu beiseitigen und alle Schüler individuell zu fördern, schließt Stuttgart aus Kostengründen 893 kleine Hauptschulen und lehnt Forderungen von Bürgermeistern nach einzügigen Werkrealschulen rüde ab.

Zwei deutsche Bundesländer sind mit Österreich die einzigen in Europa, in denen Kinder mit zehn Jahren aussortiert werden. Längst kritisieren CDU-Politiker wie Hamburgs Erster Bürgermeister Ole von Beust offen den Stuttgarter Starrsinn: „Dieser alte bildungspolitische Ansatz, (...) diese Dreiteilung ist Ausdruck veralteten, ständischen Denkens. Das passt nicht mehr in die Zeit.“

Über die Alternative eines längeren gemeinsamen Lernens spricht auf Einladung von BfH/ Die Linke der Ravensburger „Hauptschulrebell“ Rudolf Bosch deshalb am 5.2. in Rottenburg (Hotel Martinshof, 19 Uhr).
Dr. Emanuel Peter, Stadtrat Rottenburg Die Linke

September starten. Massive Kürzungen wird es in Klasse 10 bei Themen geben, die für die Zukunft unserer Demokratie elementar sind. Nach 1945 kommt nur noch die europäische und deutsche Einigung vor; selbst China ist nicht als Thema für Werkrealschüler vorgesehen. Fatal ist auch, dass ausgerechnet bei dieser Schülergruppe nur noch eines der Fächer Musik, Kunst oder Sport gewählt werden muss.

Demokratie mangelhaft

Vorteile für die „normalen“ und schwächeren Hauptschüler sind in der Summe nicht zu erkennen. Die Unsicherheiten für die Gemeinden werden schon in wenigen Jahren erneut auftreten, da jetzt gebildete zweizügige Werkrealschulen als Folge des weiteren Schülerrückgangs nur noch einzügig sein werden. Da auch in Realschulen und Gymnasien die Schülerzahlen zurückgehen, wird eine wohnortnahe Schule auf dem Land und in den Stadtteilen oft nur durch integrative Lösungen möglich sein. Fast alle Bundesländer gehen diesen Weg, auch viele Städte in Baden-Württemberg haben beantragt, solche Wege wenigstens als Schulversuch angehen zu können.

Erlaubt wurde das allerdings nicht den demokratisch gewählten Vertretern der Bürger, sondern nur dem Milliardär Würth, der eine solche integrative Schule in Künzelsau aufbaut und sich dafür vom geschassten Kultusminister Rau loben ließ.

Erhard Korn

Schulobst-Projekt für ganz Baden-Württemberg sicherstellen!

Ende letzten Jahres setzte die EU ein Programm von jährlich 90 Mio. Euro auf, um Grundschulern in ganz Europa täglich kostenlos Schulobst zur Verfügung zu stellen. Die Mitgliedsländer und hier die Bundesländer und Regionen konnten sich fortan um diese Mittel bewerben. Einzige Voraussetzung ist die Kofinanzierung zu einem jeweils gleich hohen Anteil. Für den Südwesten stehen aus dem EU-Programm ca. 2 bis 2,5 Mio. Euro jährlich zur Verfügung. Das Land lehnte zunächst eine Beteiligung ab. Erst durch öffentlichen Druck im Vorfeld der Bundestagswahlen rang man sich durch, sich um die Mittel zu bewerben, dies jedoch mit der Einschränkung, dass die Kofinanzierung durch Sponsoren zu organisieren sei und nicht aus Landesmitteln. Damit gab die Landesregierung die finanzielle Verantwortung einfach an die ohnehin knappen Kommunen und Schulträger ab.

Diese Tage startete das Projekt nun an einzelnen Schulen im Land, so z.B. in Mannheim und Stuttgart. Ein Anfang ist damit gemacht Das ist gut so. Das Land

Werkrealschulen: Was können Gemeinderäte noch retten?

Die Fraktionsgemeinschaft SÖS und Linke im Stuttgarter Gemeinderat hatte für den 22. Februar zu einer öffentlichen Sitzung zum Thema Werkrealschulen eingeladen. Das Thema brennt auch in Stuttgart vielen Eltern und Schülern sowie Lehrern auf den Nägeln: Welche Hauptschule wird zur Werkrealschule, welche bleibt, wie sie ist, welche wird geschlossen. Die Schulbürgermeisterin Dr. Eisenmann (CDU) hat es sich bislang einfach gemacht: Sie hat die Vorgaben des Kultusministeriums einfach eins zu eins umgesetzt – Hauptschulen, in denen es für jede Altersstufe mehrere Klassen gibt, richten ein zehntes Schuljahr als Werkrealschule ein; Hauptschulen, die nur einzügig sind, erhalten diese Möglichkeit nicht. Daher gibt es jetzt in einigen Stadtgebieten Unruhe, weil dort keine Werkrealschule entsteht: Müssen jetzt die Kinder in andere Stadtteile fahren?

Daher fand die Anhörung Interesse bei doch einigen Bezirksbeiräten von SÖS und Linke. Die Informationen, die sie erhielten, waren äußerst sachkundig. Stadträtin Ulrike Küstler, die die Veranstaltung moderierte, konnte als Referenten Erhard Korn, Rektor einer Grund- und Hauptschule in Steinheim, Kreis Ludwigsburg, vorstellen. Aus der GEW war die Stuttgarter Kreisvorsitzende Annemarie Raab anwesend, sie ist ebenfalls an einer Hauptschule tätig. Der Vertreter der Rektoren der beruflichen Schulen im Schulbeirat des Gemeinderats ergänzte die Expertenrunde auf Lehrerseite – er unterrichtet an einer Berufsaufbauschule. Eine Vertreterin des Gesamtelternbeirat brachte die Meinungen der Eltern ein.

Erhard Korn stellte eindringlich die Situation an den Hauptschulen vor dem Hintergrund insgesamt sinkender Schülerzahlen und abnehmender Über-

gangsquoten dar und charakterisierte die Werkrealschulen als Sackgasse baden-württembergischer Schulpolitik (siehe auch nebenstehenden Artikel von Erhard Korn).

In den ergänzenden Beiträgen und der Diskussion kamen zahlreiche interessante Details zur Sprache, die vor allem deutlich machen, dass in einem so komplexen System wie dem Schulwesen, Änderungen sorgfältig bedacht werden müssen. Denn alle Umstellungen betreffen Lebenswege von vielen Menschen. Es war nicht zu überhören, dass das Kultusministerium mit den zahlreichen Umbauten, ohne am grundsätzlichen System etwas zu ändern, für erhebliche Unruhe gesorgt hat.

So mussten zum Beispiel in der Berufsaufbauschule in einer Klasse fünf verschiedene Zeugnisse ausgestellt werden, weil die Schüler entsprechend fünf verschiedenen Verordnungen ihre Schullaufbahn durchlaufen haben.

Dennoch scheint das berufliche Schulwesen in Baden-Württemberg eher ein Ausweg für viele Schüler zu sein, die nach der Hauptschule weitermachen wollen. So berichtete der Rektor der Berufsaufbauschule, dass immerhin jedes dritte Abitur in Baden-Württemberg über die beruflichen Schulen erworben wird und sogar jede zweite Hochschulzugangsberechtigung – ein Fakt, der beim Umbau der Schulen in Richtung weniger soziale Auslese beachtet werden sollte.

Von Seiten der Bezirksbeiräte war klar: Für die Politik in den Stadtbezirken kommt es darauf an, mit allen Beteiligten einvernehmliche Lösungen anzustreben, dann kann vielleicht in dem einen oder anderen Fall ein Schulversuch mit integrativen Lösungen bei der Stadt- und der Schulverwaltung durchgesetzt werden. *Alfred Küstler*

muss aber das Projekt für ganz Baden-Württemberg durch Kofinanzierung aus Landesmitteln sicherstellen!

„Nicht nur die Kinder in der Wilhelmsschule in Stuttgart werden sich über Äpfel oder anderes frisches Obst freuen, wenn dies in der Schule kostenfrei an die SchülerInnen verteilt würde. Wenn Frau Staatssekretärin Gurr-Hirsch vor dem Hintergrund des durchschlagenden Erfolgs bei den Kindern behauptet, die Landesregierung habe sich zur Teilnahme an dem EU-Programm entschlossen, dann ist das leider nur die halbe Wahrheit. Zur ganzen Wahrheit gehört auch die Frage der Finanzierung. Dazu hält sich das Land vornehm zurück und schiebt die Verantwortung zur Kofinanzierung

an die Schulträger, Sponsoren oder gar die Eltern ab. Da aber vor Ort gerade an den Brennpunkt-Schulen meist keine gut betuchten Elternvereine oder Sponsoren sitzen, ist es für die dortigen Kinder besonders wichtig, dass die Kofinanzierung vom Land getragen wird. Sonst ist das ganze Projekt für die Katz.“, so Karin Binder, Bundestagsabgeordnete und Sprecherin der Südwest-Landesgruppe der LINKEN im Bundestag.

Deshalb stellt die LINKE Bundestagsabgeordnete Karin Binder an die Landesregierung die klare Forderung, für eine gute Ernährung und die Gesundheit der Kinder die notwendigen Mittel zur Kofinanzierung aus dem Länderhaushalt zur Verfügung zu stellen.

„Rot-Rot-Grün“ gegen Frankenberg

Tübinger Abgeordnete unterstützen
Anliegen der Hochschulsekretärinnen

Die Tübinger Abgeordneten Heike Hän- sel (MdB, DIE LINKE), Rita Haller- Haid (MdL, SPD), Winfried Hermann (MdB, Bündnis 90/Die Grünen) und Ilka Neuenhaus (MdL, Bündnis 90/Die Grünen) haben sich in einem gemein- samen Brief an Wissenschaftsminister Frankenberg gewandt, in dem sie eine gerechte und diskriminierungsfreie Be- zahlung und Eingruppierung für Hoch- schulsekretärinnen fordern:

„Auch wenn es sich bei der Eingrup- pierung um eine komplizierte Materie handelt, so hat uns eines doch sofort eingeleuchtet: hier wird die Arbeit von Frauen, denn es sind vor allem Frauen, die in diesem Bereich arbeiten, diskri- miniert. Die derzeitige Eingruppierung ist ein Relikt des vergangenen Jahrhun- derts und wird den Anforderungen einer Hochschulsekretärin in der heutigen Zeit bei weitem nicht gerecht.“

Die vier Tübinger Abgeordneten un- terstützen die Forderungen der Tübinger Hochschulsekretärinnen-Initiative: • Ende der Diskriminierung eines Frauen- arbeitsbereichs • Eingangs-Entgeltgrup- pe E6 (BAT VI) • Höhergruppierung von E6 aus, bei Anerkennung der selb- ständigen Arbeitsleistung • Dienstbe- zeichnung „Hochschulsekretärin“

Für die Müllabfuhr in kommunaler Hand

TÜBINGEN. Im Kreistag wird derzeit dis- kutiert, ob die Müllentsorgung in Zu- kunft kreisweit von Privaten oder, wie bisher in der Stadt Tübingen, in kommu- naler Regie weiter betrieben wird.

Wir begrüßen, dass auf unsere Initi- ative hin auch die vollständige Rekom- munalisierung der gesamten Müllentsor- gung geprüft wird.

Ein erstes Gutachten eines Partei- gängers der Privatisierung liegt jetzt vor. Dieses Gutachten richtet sich er- wartungsgemäß tendenziös gegen eine Rekommunalisierung und empfiehlt, die Entsorgung zukünftig per Tarifausstieg (TVöD) und 400-Euro-Jobs billiger zu machen. Jetzt kommt es darauf an, dass auch die andere Seite gehört wird.

Der Kreis Tübingen kann kein In- teresse daran haben, dass über eine Vergabe an Private der Niedrigstlohn- bereich ausgeweitet wird und das dabei gesparte Geld mit der anderen Hand für aufstockende Sozialhilfen ausgegeben werden muss.

Unternehmen, die ihren Mitarbei- terinnen und Mitarbeitern keine aus- kömmlichen Löhne bezahlen, sind Ab-

zocker und für die Gesellschaft teuer. Die Beschäftigten in der Müllentsorgung haben Anspruch auf einen würdigen Ar- beitsplatz und ordentliche Bezahlung. Und sie dürfen nicht zu Sklaven degradi- ert werden.

LINKE im Kreistag Tübingen, Anton Brenner, Angela Hauser, Bernhard Strasdeit

Firma Behr in Kornwestheim

Soliadresse von Friedhelm Hoffmann,
Stadt- und Regionalrat der LINKEN

KORNWESTHEIM. Zunächst möchte ich Euch die herzlichen und solidarischen Grüße des Ortsverbandes der Partei DIE LINKE – OV Kornwestheim überbrin- gen.

Auf der Homepage der BTT ist fol- gendes zu lesen: „Die Regeln kennen, vorwärts denken, innovativ handeln: das sind Stärken, die wir überall dort aus- spielen, wo es heiß hergeht. Mit intelli- genten, thermodynamischen Regelsyste- men, die aufs Grad genau die jeweils op- timale Betriebstemperatur sicherstellen.“

Ich stelle fest, dass die Betriebstem- peratur in der Belegschaft auf dem Sie- depunkt ist und die Geschäftsleitung auf ganzer Linie versagt hat, um dieses Pro- blem innovativ und intelligent zu lösen.

Stattdessen ist Kahlschlag angesagt. Nach einigen anderen Betrieben im Kreis Ludwigsburg geht es jetzt auch Kornwestheimer Belegschaften wie be- reits bei Zürich Versicherung und nun Euch an den Kragen. Kolleginnen und Kollegen, wo Kahlschlag angesagt ist, ist Widerstand Pflicht.

Kornwestheim ist seit Jahren die Stadt mit der höchsten Arbeitslosigkeit im Kreis Ludwigsburg. Im Gemeinderat wird viel über die Wichtigkeit des Erhaltens und der Schaffung neuer Ar- beitsplätze debattiert. Wenn jedoch Be- legschaften für ihre Arbeitsplätze auf die Straße gehen, haben die Gemein- deräte offensichtlich Wichtigeres zu tun. Eigentlich sollte heute der komplette Gemeinderat hier erscheinen und Euch unterstützen. Obwohl Herr Allgaier in Vertretung von OB Keck eingeladen wurde, obwohl ich die Fraktionen der SPD und der Grünen gestern informiert habe, fühlte sich niemand verpflichtet, hier zu erscheinen.

Deshalb mache ich Euch heute ein Angebot. Wenn die Politik nicht zu Euch kommt, dann geht doch einfach selbst zur Politik. Ich lade Euch zur letzten Gemeinderatssitzung am kommenden Donnerstag um 18 Uhr ein und werde den Antrag stellen, dass ihr Euer An- liegen, Eure Wut und Eure Ängste im Gemeinderat vorbringen könnt. Ich weiß nicht, ob ich Erfolg mit diesem Antrag

haben werde, aber an der Entscheidung über diesen Antrag werdet Ihr messen können, wie wichtig es den Gemeinderä- ten mit dem Erhalt der Arbeitsplätze in Kornwestheim tatsächlich ist.

Ich wünsche Euch jedenfalls einen langen Atem und viel Kraft beim Kampf um Eure Arbeitsplätze.

Sozialticketinitiative Esslingen

ESSLINGEN. Die im November 2008 ge- gründete Sozialticket Initiative inner- halb des Kreisverband Esslingen kann einen kleinen Steinwurf verkünden. Kreisrat Peter Rauscher hatte gefordert, auch am Mittleren Neckar ein Sozialti- cket einzuführen, wie dies in München und anderen Verkehrsverbänden schon geschehen sei.

In seiner Antwort sprach Landrat Heinz Eininger von einem „ausdifferen- zierten Tarifsysteem“ beim VVS. Wer das ändern wolle, müsse auch sagen, wie die Einnahmeausfälle kompensiert werden sollten. Außerdem kam der Verwaltung- chef mit dem von den Linken genannten Personenkreis nicht ganz zurecht: Wenn in einer vierköpfigen Familie nur einer verdiene und 2500 Euro brutto (oder 1800 netto) nach Hause bringe, sei dieses Einkommen nahezu identisch mit den Zuwendungen für Hartz-IV-Empfänger. Dieses Beispiel sei nicht etwa aus der Welt, sondern betreffe viele Mitarbeiter in Verwaltungen und Betrieben: „Denen müssen Sie dann erklären, warum ihnen die Fahrt zur Arbeit nicht bezahlt wird, während andere mit einem Sozialticket Busse und Bahnen benutzen dürfen.“

„Das Tarifssystem des VVS ver- sucht, die verschiedensten Interessen zu berücksichtigen“, gab Andreas Schwarz aus Kirchheim (Bündnis 90/Grüne) dem Landrat teilweise recht. Freilich: Man- ches könne man als „hochpreisig“ und gar „teuer“ betrachten. Und so wollte er das Ansinnen der Linken nicht ein- fach vom Tisch wischen: „Besser ist, wir speisen es in die Gremien des VVS ein.“

Selbst bei den Freien Wählern fand Rauscher ein gewisses Verständnis für seinen Antrag: Anders als der Landrat wollte Bernhard Richter aus Reichen- bach „keine Gerechtigkeitsdebatte füh- ren“. Aber er hielt eine Diskussion im VVS für durchaus lohnenswert: Ob man nicht weitere Personenkreise als jetzt durch Sondertickets zu Kunden machen könne. Die niedrige Arbeitslosenquote im Kreis und der Region hielt er an- gesichts der im nächsten Jahr zuhauf auslaufenden Kurzarbeit für „ein Trug- bild“. Daher solle der VVS durchaus mal schauen, „ob er noch eine Nische aufmachen kann“.

Und so sagte der Landrat denn am

Ende doch zu, die Sache mit in den VVS-Tarifausschuss zu nehmen. Freilich hätten die Linken diesen Vorstoß schon vor der Kommunalwahl gemacht: „Das Thema ist dort also bekannt.“
Für die SozialticketInitiative Rainer Hauenschild KV Esslingen

Sozialticket-Treffen in Stuttgart Am Samstag, 13. März um 10 Uhr findet im Stuttgarter Landesbüro ein regionales Sozialtickettreffen statt.

Scheut Stadtverwaltung die öffentliche Klimadiskussion?

HEILBRONN. Am 24.11.2009 wurden die wichtigsten Ergebnisse der Klimauntersuchung für Heilbronn, die der Gemeinderat in Auftrag gegeben hatte, im technischen Rathaus vorgestellt.

Anwesend waren drei Gemeinderäte sowie zahlreiche Vertreter von Umwelt- und Wirtschaftsverbänden. Die Untersuchung sollte die Entwicklung des CO₂-Ausstoßes von 1990 bis 2007 für Heilbronn klären.

Klimaschutz: Heilbronn hat großen Nachholbedarf

Dabei ergab sich, dass seit 1990 der Gesamtausstoß von CO₂ bis 2007 in Heilbronn nur um 3% gesunken ist, zum Vergleich in Deutschland betrug die CO₂-Verminderung immerhin 17%. Das selbst gesteckte Ziel der Bundesregierung 40% CO₂-Verminderung bis 2020 erfordert aber erheblich größere Anstrengungen. In Heilbronn stieg im Bereich Verkehr der CO₂-Ausstoß von 1990 bis 2007 um 5% und bei der Stromerzeugung um 2%. Die erfreulichen Erfolge bei der Wärmedämmung (minus 11%) wurden damit fast zu Nichte gemacht. Statt diese alarmierenden Zahlen und Grafiken wie versprochen den Teilnehmern vom 24.11. und der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen, hat die Verwaltung bis heute nicht einmal dem Gemeinderat die Unterlagen gegeben. Dagegen haben zahlreiche Gemeinderäte bisher vergeblich protestiert. Daraufhin hat jetzt eine Gemeinderatsmehrheit aus SPD, FDP, Grünen, Freien Wählern und der LINKEN gemeinsam beantragt, dass in der Gemeinderatssitzung im März (11.3.), spätestens aber im April (15.4.) der Gemeinderat die Unterlagen erhält und berät. Zugleich wurde gefordert, dass eine breite Öffentlichkeit einbezogen werden muss. Die Verwaltung sollte froh sein, dass sich viele

Umweltverbände aktiv für den schnellen Ausbau der erneuerbaren Energien einsetzen – dies ist gut für das Klima und schafft zugleich Arbeitsplätze in der Region. Damit wird langfristig die Abhängigkeit von Öl- und Gaslieferungen geringer und die Atomenergie mit den vielen Risiken, nicht zuletzt mit dem ungelösten Problem der Lagerung des Atom Mülls, kann schnell zurückgefahren werden.

OB Himmelsbach, der stolz auf den Titel Zukunftsstadt Heilbronn war, sollte froh sein, dass der Gemeinderat sowie viele Organisationen und Verbände, vor allem auch das Handwerk endlich aktiv werden wollen.

Ohne eine breite öffentliche Diskussion und bewusste Einbeziehung der Bevölkerung, der Umweltverbände, der Industrie und des Handwerks ist eine schnelle erfolgreiche Energiewende nicht möglich.

Wir alle sollten fordern, dass das veraltete Kernkraftwerk Neckarwestheim I endlich still gelegt wird (Demonstration am 21.3.2010!!!) und Photovoltaik auf immer mehr Dächer installiert wird. Die Stadt sollte dafür umgehend große Dachflächen den Genossenschaften zur Verfügung stellen, die so schnell wie möglich Photovoltaikanlagen installieren wollen.

Hasso Ehinger, Gemeinderat der LINKEN

SLK-Kliniken: Erst die Küchen, dann der Standort?

KREIS HEILBRONN. Heftige Kritik entwickelt sich zu Recht bei Beschäftigten,

Patienten, Gewerkschaftern, niedergelassenen Ärzten und Kommunalpolitikern gegen die vom Aufsichtsrat und von der Geschäftsleitung der SLK-Kliniken geplanten Küchenschließungen.

Nicht nur der engagierte FWV/FDP Kreisrat Rechtsanwalt Bruno Spohrer warnte (in einem Leserbrief in der HST vom 18.2.10) im Zusammenhang mit der geplanten Küchenschließung vor dem Totenglockchen für die beiden kleineren Krankenhäuser in Möckmühl und in Brackenheim. Seinen Fraktionsvorsitzenden Harry Brunnet wird man vielleicht schon bald an seine folgenden Aussage auf der Kreistagsitzung am 12.10.09 in Siegelbach erinnern müssen: „Ziel des Landkreises ist es, für die Bürgerschaft im Stadt- und Landkreis Heilbronn eine optimale, dezentrale Gesundheitsversorgung zu gewährleisten. Die Krankenhäuser Brackenheim und Möckmühl stehen nicht zur Diskussion.“ Die geplanten Umstrukturierungen der Klinikküchen, wie sie der Aufsichtsrat der Kliniken vorsieht, sind gegen dieses Ziel gerichtet.

Bei der Diskussion um die Schließung der beiden Krankenhausküchen zeichnen sich zur (vielleicht notwendigen oder möglichen) Kostenoptimierung zwei Alternativen ab:

1. (In der Privatwirtschaft übliches) betriebswirtschaftliches, fantasieloses Kostendenken mit Personal- und Aufgabenreduzierung, Zentralisierung und Rationalisierung z.B. durch Industrialisierung der Essenszubereitung ohne Rücksicht auf Essensqualität, Belastungen des Küchenpersonals und der Umwelt (Zwischenverpackung und Transport).

2. (In der Kommunalpolitik wünschenswerte) Daseinsvorsorge und effiziente Bedarfsbefriedigung von elementaren Bedürfnissen wie Essen und Trinken. Warum soll die Kompetenz in gesundem Essen an den Standorten Brackenheim und Möckmühl nicht zusätzlich für Ganztagschulen, Alten- und Pflegeheime, Jugendzentren, Betriebe und Behörden genutzt werden? Das würde bedeuten – sinnvolle Aufgabenerweiterung und damit auch die Möglichkeit der effizienteren Essenszubereitung auf hohem qualitativem Niveau. Erfolgversprechende Ansätze gibt es dazu.

Wir LINKE bevorzugen eindeutig die zweite Alternative und fordern eine offene, transparente Diskussion und Beschlussfassung dazu im Stadtrat und Kreistag zu Heilbronn. Die Kommunalpolitiker im Aufsichtsrat, die sich da nichts zutrauen, sollten auf die Mitwirkung dort verzichten, auch wenn das Sitzungsgeld im Aufsichtsrat höher ausfällt als in den anderen kommunalen Gremien.

Johannes Müllerschön, Kreisrat der LINKEN



Vom Saulus zum Paulus oder „Geltendes Recht wird gebogen“

Bahnprojekt „Stuttgart 21“ soll angesichts wachsenden Widerstands rasch durchgepeitscht werden. Ein Gespräch mit Ulrich Maurer (Interview: Winfried Wolf)

Der sogenannte Lenkungskreis in Stuttgart – bestehend aus Vertretern des Bundes, der Deutschen Bahn AG, der Landesregierung und der Stadt – hat ein weiteres Mal verkündet, dass „Stuttgart 21“ gebaut werden würde. Als Baubeginn wird der Februar 2010 genannt. Halten Sie den Termin für realistisch?

Ich glaube, es geht den Befürwortern des Projekts jetzt darum, die Sache durchzupeitschen, bevor der Widerstand in der Bevölkerung übermächtig wird. Da greift man auch schon mal zu unrealistischen Terminen.

Das Projekt „Stuttgart 21“ wird seit 1994 von einer breiten Koalition vor Ort, im Land und bundesweit getragen. Es gibt kein anderes Mammutprojekt vergleichbarer Art, das so lange und gegen so viel Widerstand durchgezogen wird. Was sind Ihrer Ansicht nach die wesentlichen Gründe für diese Hartnäckigkeit?

Ich habe in den Anfängen in diesem Projekt durchaus auch einmal eine städtebauliche Chance gesehen. Den damaligen Siedlungsdruck auf das Bahngelände zu lenken, anstatt ökologisch wertvolle Freiflächen zu opfern, hatte ja eine vordergründige Logik. Mittlerweile haben sich aber die Zeiten gründlich geändert. Die Gegner des Projekts haben einen Alternativvorschlag entwickelt, der kaum weniger Wohnbaumöglichkeiten eröffnet. Unter Gesichtspunkten des Verkehrs war das Projekt ohnehin immer fragwürdig. Ich glaube, den Befürwortern geht es schon lange nicht mehr um Sachargumente, sondern um Machtdemonstration und Prestige. Die Unfähigkeit von Provinzfürsten, Fehlentscheidungen zuzugeben, ist ein weit verbreitetes Phänomen.

Sie sind in Sachen „Stuttgart 21“ kein unbeschriebenes Blatt. Als führender Politiker der baden-württembergischen SPD traten Sie gut ein Jahrzehnt lang, bis Mitte 2005, für den Kellerbahnhof ein. Was hat sich geändert?

Den Zeitraum haben Sie nicht ganz richtig angegeben. Meine Wandlung

vom Saulus zum Paulus hat schon deutlich früher begonnen. Heute wird dieses Projekt von einem Land und einer Stadt durchgezogen, die glauben, ihrer Bevölkerung Privatisierung und Sozialabbau zumuten zu können, nachdem sie die öffentlichen Gelder auf dem Altar von Banken und Spekulanten verbrannt haben. Die Stadt Stuttgart hat nach eigenen Angaben allein bei ihren Schulgeländen einen Instandhaltungsrückstau von 327 Millionen Euro. Sie kürzt wie auch das Land Baden-Württemberg derzeit massiv bei sogenannten Freiwilligkeitsleistungen. Wer in solchen Zeiten Milliarden in ein fragwürdiges Prestigeobjekt verbuddelt, während gleichzeitig der



schienegebundene Verkehr durch fehlende Elektrifizierung, fehlenden Streckenausbau und immer mehr sogenannte Langsam-Fahrstellen darniederliegt, ist nicht ganz bei Sinnen.

Laut Bundesrechnungshof handelt es sich bei „Stuttgart 21“ eigentlich um ein Projekt des Bundes, da mehr als die Hälfte der Kosten vom Bund getragen werden würde. Der Rechnungshof verweist auf den Verkauf von Bahngelände, wo die Bahn die Einnahmen auf ihr Konto bucht und damit „Stuttgart 21“ kofinanziert, und argumentiert, dass solche Erlöse als Teil der Bundesfinanzierung anzusehen sind. Wie erklären Sie eine solche Differenz in einer entscheidenden Rechtsfrage?

Ich kann sie nicht erklären. Ich glaube, der Durchsetzungswille der Politiker von CDU und SPD, aber auch der organisierte Druck aus der regionalen Wirtschaft sind so groß, dass auch das geltende Recht gegebenenfalls gebogen wird.

In Stuttgart gibt es seit mehreren Wochen Montagsdemos gegen „Stuttgart

21“. Wird man Sie dort sehen?

Ja. Allerdings brennt es in Zeiten der schwersten Krise des Finanzmarktkapitalismus seit Ende der 20er Jahre an allen Ecken und Enden. Das Land Baden-Württemberg und die Stadt Stuttgart befinden sich mitten in der massenhaften Vernichtung industrieller Arbeitsplätze. Die Zahl der Armen steigt. Die Bildungsmisere nimmt zu, und die Menschen beginnen sich erst jetzt langsam zu wehren. Ein Abgeordneter der Linken ist deshalb gut beschäftigt, vor allem auch dann, wenn die Entwicklung der eigenen Partei bekanntermaßen nicht völlig widerspruchsfrei verläuft.

Sechs Gründe für eine Erhöhung der Gewerbesteuer auf den Stand 1999

MANNHEIM. Der von OB Peter Kurz vorgelegte Doppelhaushaltsentwurf 2010/11 für die Stadt Mannheim ist – wie nun schon öfter dargelegt – ein ausgesprochener Krisenetat. Die mittelfristige Finanzplanung bis 2013 sieht nicht besser aus. Der Haushalt enthält einige Härten, die in der Bevölkerung auf große Ablehnung stoßen und schon zu lebhaften Widerstandsaktionen geführt haben. Der Etat geht ferner bestimmte Notwendigkeiten nicht an, wie die Wiedereinführung eines „Sozialpasses“ mit Mobilitätsermöglichung für Transferleistungsempfänger und GeringverdienerInnen. Und obwohl der OB das Ziel der Gebührenfreiheit von Kitas grundsätzlich als strategisches Ziel beschreibt, schlägt er den Weg zu diesem Ziel auf besondere Weise ein: Er möchte die städtischen Kita-Gebühren erhöhen. Gegen „beliebige Wunschkataloge“ formuliert er den Grundsatz: „Man kann über alles reden, aber die Summe der Einnahmen und Ausgaben darf sich nicht verändern.“

Die Linke fordert, teilweise gemeinsam mit SPD und Grünen, die Rücknahme der Härten und sie fordert den „So-

DIE LINKE.
IM MANNHEIMER GEMEINDERAT

zialpass“, nicht nur einen „Familienpass Plus“. Hier gibt es keine Gemeinsamkeit mit den beiden Parteien – „zu teuer“ für den Etat.

Die Linke hat jedoch auch einen Gegenfinanzierungsvorschlag, den allerdings Grüne nicht und bei die SPD nur eine Minderheit mittragen würden: Rückanhebung des Gewerbesteuerhebesatzes auf 430 Punkte, wie bis 1999. Ge-

genwärtig steht der Satz auf 415 Punkten. Es würde sich also um eine Steigerung um 3,61% handeln, im Ergebnis ca. 6 Mio. Euro. Während die Grünen nach eigenen Angaben noch Einsparvolumen erkennen, mit denen sie die Gegenfinanzierung ihrer Anliegen abdecken wollen (sie wollen aber auch nicht sehr viel ändern), fürchtet die SPD nach eigenen Angaben eine riesige Medien- und Verbändekampagne gegen die Gewerbesteuererhöhung. Warum eigentlich? Die Gründe für eine mäßige Gewerbesteuererhöhung sind zwingend:

1. 430 Punkte sind normaler Durchschnitt

432 Punkte ist der Bundesdurchschnitt für Städte mit mehr als 50.000 Einwohnern (Arbeitskreis Standortverlagerung und Gewerbesteuer der deutschen Industrie- und Handelskammern: „Standort Deutschland – Standortfaktor Gewerbesteuer“, Bearbeitet von Dr. Ulrike Beland, Stand Juni 2009); Baden-Württemberg ist mit seinen Gewerbesteuerhebesätzen freilich bundesweit am unteren Rand, bedingt auch durch den für eine Metropole sehr niedrigen Satz von Stuttgart. Dort war man in den 90er Jahren bei 445 Punkten, und ging dann – genau wie in Mannheim – ab dem Jahr 2000 wieder zurück; ein Projekt der CDU im Lande. In NRW beispielsweise lagen die größeren Kommunen 2008 schwerpunktmäßig bei 460 Punkten.

2. Die Gewerbesteuer ist nicht der wichtigste Standortfaktor

Die zitierte DIHK-Studie nennt folgende Standortfaktoren:

„– Verkehrsanbindung, Energiepreise und -versorgung, Kommunikationsnetze, – Nähe zu Zulieferern und Absatzmärkten, – Flächen und Grundstückspreise, – Ausbildungs- und Lohnniveau, – tarifliche und gesetzliche Rahmenbedingungen, – Genehmigungsverfahren, – staatliche Förderungen.

Zusätzlich gibt es nicht quantifizierbare Entscheidungsfaktoren wie die – Familienfreundlichkeit, – Kultur- und Bildungsangebot, – Freizeitmöglichkeiten – Nähe zu Forschungseinrichtungen, die für die Anwerbung qualifizierter Mitarbeiter wichtig sind.“

Gerade die „nicht quantifizierbaren Entscheidungsfaktoren“ sind jene, für die die Kommunen sehr viel beitragen können, für die sie aber auch eine entsprechende finanzielle Ausstattung benötigen: Kindertagesstätten, Schulen, Sport- und Freizeiteinrichtungen, attraktive kulturelle Angebote. Eine Gemeinde, die sich selbst die finanziellen Mittel vorenthält, um diese Aufgaben zu stemmen, macht eine denkbar schlechte Standortpolitik. Mannheim ist mit seinen großen Problemen im Schulbereich, mit seiner zu geringen Ausstattung an Kitas, die



Die Etatrede der Mannheimer Fraktionen am 2.2. nahmen Kinder, Eltern und JugendhausmitarbeiterInnen zum Anlass eines Go-In ins Stadthaus. Sie verliehen lautstark ihrer Forderung Nachdruck, die Jugendhäuser nicht in Jugendtreffs umzuwandeln. Es drohten nach der Etatrede des OB vom 22.12.09 massive Kürzungen in der Jugendarbeit.

nun in einer riesigen Kraftanstrengung aufgeholt werden soll, jahrelang auf dem besten Weg gewesen, seine Standortattraktivität zu gefährden.

Das Thema Vögele-Umzug nach Ludwigshafen wird in der genannten Studie übrigens fälschlich als Beispiel für die Bedeutung niedriger Hebesätze (Ludwigshafen: 360) zitiert. Ausschlaggebend war das Dumpingangebot der Gewerbefläche in Ludwigshafen.

3. Zu niedere Hebesätze schwächen die Kommune und letztlich auch die Wirtschaft

Unterfinanzierung steigert die Verschuldung und blockiert die Investitionskraft der Kommune. Die Kommunen sind die wichtigsten Auftraggeber für die Bauwirtschaft. Sinkt die Investitionsrate der Stadt, hat dies negative Auswirkungen auf den regionalen Arbeitsmarkt. Manch baunaher Handwerksbetrieb wird am Ende lieber etwas mehr Gewerbesteuer zahlen als auf Aufträge verzichten. Häufig hängen an kommunalen Investitionsausgaben Komplementärfinanzierungsbeiträge von Bund und Land, die dann ebenfalls verloren gingen. Die CDU-Mehrheit hat seit dem Jahr 2000 eine Steuermindereinnahme von ca. 50 Mio. Euro zu verantworten – Ausfluss des Dogmas vom „schlanken Staat“, bzw. der „schlanken Kommune“.

4. Die Gewerbesteuer ist nicht mittelstandsfeindlich

Neben der eben gezeigten Bedeutung der Steuerkraft einer Gemeinde für ihre Investitionskraft gilt es zu betonen: Der kleine Mittelstand ist meist gar nicht oder nur geringfügig von der Gewerbesteuererhebung betroffen. Personen- und Einzelgesellschaften genießen einen Freibetrag von 24.500 Euro des zu versteuernden Gewinns. Von Mannheims ca. 29.000 Gewerbetreibenden sind überhaupt nur knapp ein Drittel steuerlich erfasst, ca. 9.000. Davon gehören 7.700 der untersten Gewinngrößtenklas-

se mit unter 50.000 Euro pro Jahr an. Davon werden 52% gar nicht zur Steuer herangezogen. Die Restlichen erbringen knapp 5% des gesamten Gewerbesteueraufkommens in Mannheim. 86% des Aufkommens stammen von Betrieben, die mehr als 250.000 Euro zu versteuernden (!) Jahresgewinn machen. Sie würden eine Steuermehrbelastung um 3,61% zweifellos verkraften können.

Da die großen Steuerzahler meist nicht ihren Unternehmenssitz in Mannheim haben, fließt der Mehrgewinn durch Minderbesteuerung aus der Region ab; entzieht ihr Kaufkraft.

5. Die Steuererhöhung ist eine Konjunkturbeschleunigung, keine -Bremse

Aus den genannten Gründen ist die angemessene finanzielle Auslastung der Kommunen wichtig für die Nachfragesteigerung, aus der der Aufschwung tatsächlich nur kommen kann. Das Problem der Wirtschaft ist sicherlich nicht eine steuerliche Überforderung, sondern die Absatzkrise. Für Teile der regionalen Wirtschaft hätte die Steuererhöhung, sofern sie wieder verausgabte und nicht einfach der Schuldentilgung dient, durchaus unmittelbar positive Wirkung.

6. Wer zahlt die Krise? Auch die Stadt muss für Gerechtigkeit sorgen

Unabhängig von aller „Zahlen-Huberei“ gibt es ein weiteres, wenn nicht grundlegendes Argument für eine Erhöhung der Gewerbesteuer: Es kann nicht sein, dass die Mehrbelastungen durch die Wirtschafts- und Finanzkrise einseitig auf den Schultern eines großen Teils der Bevölkerung abgeladen werden. Haben die meisten schon Einkommenseinbußen hinnehmen müssen, für viele verstärkt durch Kurzarbeit oder gar Arbeitslosigkeit, müssen sie schon durch anstehende Gebührensteigerungen den Kommunalhaushalt stützen, werden sie schon durch die Krankenkassen zusätzlich belastet, kann es nicht sein, dass Gewerbebetriebe von den finanziellen Mehrbelastungen verschont bleiben (bestenfalls würden sie durch die Grundsteuererhöhung etwas beitragen). Nicht zu vergessen ist, dass die Wirtschaftsunternehmen durch vorangegangene Steuerentlastungsgesetze ohnehin weniger beitragen.

Es kann also keinen Zweifel geben: Die maßvolle Gewerbesteuererhöhung ist ein unverzichtbares Instrument zur Krisenbewältigung auf kommunaler Ebene. Nur so werden die Lasten innerhalb der Stadtgesellschaft ansatzweise gerecht verteilt. Es lohnt, den Meinungskampf hierfür zu führen, dem unbelehrbaren Neoliberalismus entgegenzutreten. Freilich ist dies nur der kleinere Teil der Aufgabe: Vor allem muss dem schwarz-gelben Regierungshandeln in Berlin und Stuttgart entgegengetreten werden.

Thomas Trüper

Freiburg: Schwarzgrünen OB Salomon abwählen!

Am 25. April wird das Bündnis „Wechsel im Rathaus“ mit Aktiven aus der Mieterbewegung, Gewerkschaften, der LINKEN, der Linken Liste, der Grünen Alternative und vielen anderen versuchen, mit ihrem Kandidaten Günter Rausch für die Abwahl des Grünen Oberbürgermeisters Dieter Salomon zu sorgen. Salomon wird neben den Grünen auch von der CDU und der FDP unterstützt, die keine eigenen Kandidaten aufstellen.

In den vergangenen Jahren stand Salomon an der Spitze einer schwarzgrünen Gemeinderatsmehrheit für Alkoholverbote und Videoüberwachung, für einstürzende Schuldecken und Großinvestitionen in die Beteiligung an der Expo in Shanghai und insbesondere für den versuchten Verkauf der städtischen Wohnungen gefolgt von dem Versuch drastischer Mieterhöhungen.

Die beiden letztgenannten Punkte konnten ebenso wie die Verbotspolitik gestoppt werden, weshalb die Freiburgerinnen und Freiburger nun laut sagen: „Kein Mieter wählt Dieter!“ Wer „Wechsel im Rathaus“ und die Freiburger LINKE im Wahlkampf unterstützen möchte, ist herzlich willkommen!

Im folgenden die Präambel der Programmplattform von WiR – „Wechsel im Rathaus“ zur OB-Wahl

1. WiR ins Rathaus

1.1 WiR steht für einen grundsätzlichen Wechsel im Rathaus. OB Salomon hat wie seine Vorgänger die letzten 8 Jahre im Stile der Zähringer Fürsten über die Bürgerschaft regiert. WiR hingegen will mit der Bürgerschaft unsere Stadt Freiburg gemeinsam gestalten. WiR steht für eine demokratische Bürgerkommune. In diesem Sinne gehört das Rathaus mit seinen Dienstleistungen allen BürgerInnen. Mauscheleien, Geheimhaltungspolitik und nichtöffentliche Sitzungen haben keinen Platz mehr. WiR setzt sich dafür ein, eine zukunftsfähige bürgerfreundliche Verwaltungsreform im Rahmen eines umfassenden Beteiligungsprozesses aller BürgerInnen und Beschäftigten durchzuführen.

1.2 Der Freiburger Weg des Beteiligungshaushaltes wird von WiR konsequent weiterentwickelt werden, sodass der städtische Haushalt und die kommunale Finanzwirtschaft für alle BürgerInnen offen, durchsichtig und nachvollziehbar sein werden.

WiR tritt dafür ein, den gesamten Haushalt, und zwar nicht nur die Ausgaben, sondern insbesondere auch die Einnahmen mit der Bevölkerung zu beraten, die Stadtteile einzubeziehen und das



Günter Rausch, 57 Jahre, Professor für Sozialmanagement an der Evangelischen Hochschule, wurde mit 71 Prozent der Stimmen von den mehr als 100 Anwesenden bei der Versammlung der Initiative „Wechsel im Rathaus“ zum OB-Kandidaten gewählt.

Prinzip der Geschlechtergerechtigkeit („Gender Budgetings“) dabei umzusetzen. Die Ergebnisse dieses Prozesses sollen Gültigkeit bekommen.

1.3 WiR will ein stärkeres Gewicht der Stadtteile im kommunalen Entscheidungsprozess. Die Diskussion über die Einführung gewählter Gremien in allen Stadtteilen wird mit Bürgervereinen und engagierten Bürgerinnen zu führen sein. Die Bürgerschaft soll auf diese Weise mehr Möglichkeiten der direkten demokratischen Mitwirkung an der Gestaltung des Gemeinwesens erhalten. Im Rahmen der vorgeschlagenen Verwaltungsreform soll auch geprüft werden, inwiefern eine Dezentralisierung der Verwaltung in den Stadtteilen wie in den alten Ortschaften sinnvoll ist.

1.4 Entschiedener Druck auf Bund und Land sieht WiR als notwendig an, um die kommunale Selbstverwaltung zu stärken und eine solide Finanzausstattung der Kommunen zu sichern.

Nein zum Konzert- und Kongresshaus!

KONSTANZ. Klein-Venedig ist eine der letzten Grünflächen der Konstanzer Innenstadt. Sie bietet jährlich vielen Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, sich ortsnah zu erholen. Damit soll es nach dem Willen der Stadtverwaltung und einer Mehrheit aus CDU, FDP, FWG, NLK und Teilen der FGL im Gemeinderat bald vorbei sein. Sie planen ein gigantisches Konzert- und Kongresshaus (KKH) nebst Parkhaus und Hotel auf dem Areal. Die Befürworter des großmannsüchtigen Luxusprojekts, allen voran Oberbürgermeister Horst Frank, sind offenbar entschlossen, der Konzilstadt ein Jahrhundert-Debakel zu bescheren.

Nicht nur, dass ein Kongresszentrum auf Klein-Venedig die jetzt schon angespannte Verkehrssituation weiter verschärfen würde. Ein neues Parkhaus an diesem Standort ist geradezu eine Einladung für den privaten Autoverkehr. Noch schwerer wiegen jedoch die sozialen Folgen des Unterfangens. Bekanntlich klemmt es schon seit Jahren finanziell in Kernbereichen kommunaler Aufgaben: mangelhafte Schulen, fehlende soziale Infrastruktur, eklatanter Mangel an erschwinglichem Wohnraum, rote Zahlen beim Klinikum, um nur einige Stichworte zu nennen. Jahr um Jahr müssen wir erleben, wie die bürgerliche Ratsmehrheit dringend erforderliche Investitionen abbügelt, weil angeblich das Geld dafür fehlt. Und diese Lage wird sich aufgrund der Wirtschaftskrise noch gravierend verschärfen, die auch Konstanz – verwaltungsamtlich schon bestätigt – dramatisch einbrechende Steuereinnahmen beschert. Prompt haben Oberbürgermeister und Stadtkämmerer einen „strikten Sparkurs“ für die kommenden Jahre in Aussicht gestellt. Im Finanzausschuß im Februar wurde man konkreter: Im laufenden Jahr sind Mindereinnahmen von 10 Mio. bei Einkommenssteuer und Finanzausgleich zu erwarten, auch die Gewerbesteuer bricht ein. Investitionen für Schulen, Kindergärten, Sportstätten, Konzilsanierung und Straßenbau in Höhe von rund 70 Mio. stellt die Verwaltungsspitze nun zur Diskussion.

Trotzdem haben diese Leute keinerlei Skrupel, mindestens 65 Millionen Euro an Steuergeldern (jährliche Betriebskosten in Millionenhöhe nicht eingerechnet) in ein überdimensioniertes Nobelprojekt zu stecken, dessen Zukunfts-aussichten vorsichtig formuliert äußerst fragwürdig sind. Denn entgegen den Behauptungen der KKH-Befürworter stagniert die Kongress-Branche seit Jahren, teilweise ist sie gar rückläufig. Auch darf nicht vergessen werden, dass es in der Region mit Friedrichshafen und Singen gut etablierte Einrichtungen gibt, gegen die es ein Konstanzer Haus mehr als schwer haben würde. Und wie verlässlich vom Rathaus verkündete Finanzierungsprognosen sind, weiß man nicht erst seit der Kostenexplosion bei der Fußgängerbrücke über die Bahnlinie an ähnlicher Stelle zur Genüge. Sicher ist nur, dass es noch teurer wird.

Der geradezu hysterische Optimismus, den die KKH-Fans um OB Frank an den Tag legen, um das Projekt durchzudrücken, ist also völlig unangebracht. Ihre Argumente sind größtenteils reines Wunschdenken. Reflexartig verspricht man natürlich die Schaffung von Arbeitsplätzen. Eine Förderung des Konstanzer Einzelhandels wird in Aussicht gestellt. Mit solchen Begründungen hat man auch schon das Lago-Center durch-

geboxt. Fakt ist, dass dessen Betreiber, mit tatkräftiger städtischer Unterstützung, den Konstanzer Arbeitsmarkt um einige Dutzend prekäre Jobs, von denen die Betroffenen häufig nicht leben können, „bereichert“ haben, damit ihre Rendite stimmt. Das wird im Fall KKH nicht anders sein. Auch die damals versprochenen Impulse für den Einzelhandel haben sich als Luftblasen erwiesen. Und dass diesem künftig durch einige hundert Teilnehmer an Kongressen im Jahr der Aufschwung blühen soll, glaubt

ja wohl selbst Horst Frank nicht. Immerhin, es soll ein „Haus für alle“ werden, so die Verwaltung. Na, da freuen wir uns schon darauf, dass künftig Gruppierungen wie beispielsweise die Betroffenen-Initiative, die sich der Unterstützung von Obdachlosen verschrieben hat, ihre Kleiderausgaben im Nobelhaus organisieren kann – die Saalmieten werden sich ja offensichtlich „alle“ leisten können.

Tatsache ist: Der Bau des KKH würde, verschärft durch die Wirtschafts-

krise, zu finanziellen Einbrüchen führen, die angespannte Verkehrslage verschlechtern, ein wichtiges innerstädtisches Naherholungsgebiet zerstören, vor allem aber hätte er zwangsläufig gravierende Einschnitte in den Bereichen Soziales, Gesundheit, Bildung, Wohnen und Kultur zur Folge. Deshalb kann es beim Bürgerentscheid am 21. März nur eine Antwort geben: Kein Konzert- und Kongresshaus auf Klein-Venedig.

<http://die-linke-konstanz.de>

NS-Dokumentationszentrum für Württemberg ins „Hotel Silber“



STUTTGART. Die Initiative Gedenkort Hotel Silber kämpft für die Erhaltung der ehemaligen Gestapo-Zentrale und die Errichtung eines NS-Dokumentationszentrums in der Dorotheenstraße. Heute sitzt dort das Innenministerium. Das Land will das Haus und das ganze Areal zwischen Breuninger und dem Alten Waisenhaus abreißen, die Fa. Breuninger plant dort ein Superhotel, Premium-Einkaufszentrum und Büros für das Land. Die alte bürgerliche Stadtratsmehrheit hat das Projekt vorangetrieben, am 10. März werden die Architektenentwürfe vorgestellt werden. Jetzt eilt die Sache, aber sie schien bis zu der Anhörung festgefahren. Denn das Haus ist nicht denkmalgeschützt, und Stadt wie Land behaupten, es sei „nicht authentisch“, weil es bei der Bombardierung der Stuttgarter Innenstadt zerstört worden sei. Inzwischen wurden 3.000 Unterschriften gesammelt, die Initiative hat Breuninger öffentlich aufgefordert, zu seiner Vergangenheit als Gewinner des Naziregimes zu stehen.

Als LINKE im Stadtrat habe ich diesen Kampf von Anfang an unterstützt und im Mai 2009 die Errichtung eines Gedenk-, Lern- und Forschungsortes in dem Gebäude beantragt. Im Kommunalwahlkampf hatten Grüne, SPD, LINKE und SÖS die Forderung der Initiative unterstützt. Danach behaupteten Grüne und SPD, der Zug sei abgefahren, das Haus nicht mehr zu retten. Ihr Vorschlag war: 100 m² Gedenkraum im Keller des neuen Einkaufszentrums.

Nun hat die Fraktionsgemeinschaft SÖS und LINKE die Sache wieder in Bewegung gebracht. Am 22. Februar veranstalteten wir eine öffentliche An-

hörung im Rathaus. Ziel war, das Thema im Stadtrat und öffentlich wieder auf die Tagesordnung zu bringen. Eingeladen waren persönlich alle Stadtratsmitglieder und die Stuttgarter Landtagsmitglieder. Gekommen sind der kulturpolitischen Sprecher der Grünen, Dr. Kienzle, und der SPD, Stadträtin Wüst, sowie insgesamt gut ein Dutzend weitere Stadtratsmitglieder dieser Parteien. Der Saal war mit gut 160 Leuten so voll, dass keine Ersatzstühle mehr rein passten und noch zahlreiche Leute stehen mussten. Schon das war ein Erfolg, weil es das große Interesse der Bevölkerung zeigt.

Was die Sache politisch in Bewegung brachte, waren die erschütternden Beiträge der angehörten Expertinnen und Experten. Die Begrüßung im Namen der Initiative kam von Janka Kluge, VVN-BdA. Damit setzten die Initiative und die Fraktionsgemeinschaft SÖS und LINKE ein klares Zeichen gegen den Versuch der CDU-Fraktion, die VVN aus Veranstaltungen und dem Rathaus auszugrenzen. Caroline Hatje berichtete stellvertretend für zahlreiche Opfer und deren Angehörige vom Schicksal ihrer jüdischen Großmutter, die vom „Hotel Silber“ aus den Weg bis zur Ermordung in Auschwitz gehen musste. Der Abriss des Hauses zugunsten des Da-Vinci-Projekts würde für sie „ein Versagen der Demokratie bedeuten“. Der Arzt Dr. Marquart, Mitarbeiter des Stuttgarter Gesundheitsamts, berichtete über die Kindereuthanasie und die Mitwirkung

der Stuttgarter Behörden an diesen Kindermorden. Er stellte dar, wie vieles noch zu erforschen und aufzuarbeiten ist und dass ehrenamtliches Arbeit dies nicht allein leisten kann. Joachim Stein vom schwul-lesbischen Zentrum Weisenburg e.V. verwies auf das Schicksal vieler Opfergruppen wie Sinti und Roma. Homosexuelle wurden im „Hotel Silber“ von den Nazis gequält und nach dem Krieg im selben Haus von der Kripo verfolgt. Der Leiter des NS-Dokumentationszentrums in Köln stellte fest, dass Stadt und Land ein falsches Verständnis von Authentizität vorschreiben, denn die Erinnerung der Menschen knüpft am Ort an und lässt sich nicht einfach woanders hin verlagern. Genauso wichtig sei aber der Umgang mit der Geschichte, was sich grad am „Hotel Silber“ und der bewussten Vertuschung der Bedeutung des Ortes sehr deutlich zeigt. Entscheidend war aber ein Beitrag von Prof. Ostertag, der anhand historischer Baupläne nachwies, dass das Haus tatsächlich zu 75 Prozent den Krieg überstanden hat.

Fazit von Dr. Kienzle für die anwesenden Grünen-Stadträte: „Wir wurden vom Land getäuscht. Man muss noch einmal nachdenken.“ Fazit der Stadträtin Wüst für die SPD: „Für uns ist wieder alles offen.“ Diese öffentlichen Äußerungen lassen hoffen, dass sich im Stadtrat doch noch eine Mehrheit für die Erhaltung des „Hotels Silber“ zusammenut.

Ulrike Küstler



Schwäbisch Gmünd: OB sorgt für Tumult

SCHWÄBISCH GMÜND. Zum Ende der letzten Gemeinderatssitzung kam es zu tumultartigen Szenen. Oberbürgermeister Arnold würgte eingereichte Anträge zur Entlastung der Familien in Sachen Kinderbetreuungsgebühren ab.

Zur Vorlage der Stadtverwaltung, bis Juni 2010 eine „Neukonzeption“ im Sinne von einkommensabhängigen Kinderbetreuungsgebühren zu erstellen, haben die Vertreter der Partei die LINKE zu Beginn der Sitzung einen Antrag eingereicht. „Wir begrüßen die Einsicht, dass die Gebührenordnung, die noch der alte Gemeinderat im Juni 2009 beschlossen hat, korrekturbedürftig ist.“ So Sebastian Fritz (Stadtrat, die LINKE). Die Korrektur, die nicht zuletzt durch den Druck der Eltern entstand, die sich im Gesamtelternbeirat zusammengeschlossen haben, ist aber nach Auffassung der Linken nicht konsequent. „Wenn man eine Fehlentwicklung einsieht, dann sollte man diese sofort stoppen.“ So Sebastian Fritz weiter. „Wir haben deshalb gefordert, die bereits seit September 2009 angehobenen Beiträge für die Zeit der alternativen Konzeptentwicklung aussetzen. Die erste Stufe der Abgabenerhöhung, ist die erste Treppe der Fehlentwicklung. Wir fordern daher, die Geldbeutel der Eltern und Alleinerziehenden, solange die Sätze einheitlich sind, auf dem Niveau des Kindergartenjahrs 2008/09 zurück zu führen.“

„Es ist uns bekannt, dass wir zu zweit nicht Antragsberechtigt sind, solange uns eine dritte Person fehlt. Dass Herr Baumhauer die Formalie nutzt, um die Diskussion, bevor sie entsteht, zu blocken, steht aber nach unserer Auffassung im Widerspruch, der zu Beginn

der Legislaturperiode ausgesprochenen integrierenden Absicht von OB Arnold, einen offenen und undogmatischen Meinungsbildungsprozess im Gemeinderat zu fördern.“ So Peter Müller (Stadtrat, die LINKE). „Wir bringen uns konstruktiv mit Vorschlägen zum Umgang mit Haushaltsengpässen ein, z.B. die Überlegungen eine Kulturförderabgabe für steuerlich entlastete Hotels einzuführen, oder der Idee, eine Stadtanleihe mit dreiprozentiger Verzinsung zu kreieren, die immer noch günstiger wäre, als der Zinssatz für Kredite, all dies wird dankend aufgenommen und zur Beratung weitergeleitet, aber wenn es um die konsequente Korrektur von Fehlentscheidungen in Sachen Kinder- und Elternfreundlichkeit geht, werden wir abgewürgt.“

Die Zunahme des Tumultes hat dann auch noch dazu geführt, dass ein Antrag der Fraktion der SPD nicht mehr zur Abstimmung gebracht wurde. „Die Entwicklung der Sitzungsführung ist besorgniserregend. Bereits Ende vergangenen Jahres wurde ein Antrag der Fraktion der Grünen nicht abgestimmt, hinzu kommen die jüngsten Vorfälle in Bezug auf öffentliche oder nichtöffentliche Sitzung. Für uns hat sich der Grund für die von der Verwaltung angeordneten Nichtöffentlichkeit bis heute nicht erschlossen“, so Sebastian Fritz. Für die Linke ist es deshalb auch nicht verwunderlich, dass in der Öffentlichkeit die Geheimhaltung kritisiert wird. „Wir als Linke sehen im Gemeinderat den politischen Ort der Debatten, des Streitens um die richtigen Entscheidungen für die Bewohnerinnen und Bewohner Gmünds, das Herz einer Demokratie. Deshalb lassen wir uns auch durch Formalien den Mund nicht verbieten,“ erklärte Peter Müller.

LAG Rote Reporter

Die LAG „Rote Reporter“, die MedienmacherInnen in Baden-Württemberg vernetzen will, traf sich im Januar und Februar zu zwei Mitgliederversammlungen und konkretisierte ihre Ziele: So gibt es seit gut einem Monat eine neue Nachrichten- und Kommunikationsseite unter www.rore.die-linke-bw.de. Zur Vernetzung der Kleinen Zeitungen der Kreisverbände wollen die Roten Reporter bis zum Sommer ein Verzeichnis der Redakteure bzw. Ansprechpartner zusammenzustellen. Weiter wird die LAG in Zusammenarbeit mit dem Bildungsverein „Linke Medienakademie“ (LiMA) und weiteren Partnern medienpezifische Bildungsangebote erarbeiten, so z.B. zur Pressearbeit für Kreisverbände oder den Umgang mit Layout- und Bildbearbeitungssoftware. Das erfolgreiche Konzept der Bundes-AG, die mit der 7. Linken Medienakademie vom 10. bis 14. März in Berlin mehrere hundert Mitglieder und Parteinahe weiterbildet, soll damit auch in Baden-Württemberg Fuß fassen.

Personell werden der LAG künftig Thomas Mitsch als Sprecher und Mirco Kolarczik als Stellvertreter vorstehen. Beide vertreten den Landesverband auch im LiMA-Verein. In einem Flugblatt, das von der Bundesarbeitsgemeinschaft herausgegeben werden wird, stellt sich die LAG vor:

„Politische Arbeit ist mehr denn je Medienarbeit. Ob bei der Zusammenarbeit mit der Presse oder der Gestaltung eigener Medien: Kompetenzen im Umgang mit Medien sind der Schlüssel für erfolgreiche Parteiarbeit. Die Bandbreite der Möglichkeiten wächst dabei ständig, die Erweiterung klassischer Printmedien um die Kommunikationsformen des Internets verlangt ständiges Lernen. Die ‚Roten Reporter‘ Baden-Württemberg haben es sich zur Aufgabe gemacht, interessierten Genossinnen und Genossen genau die Kompetenzen zu vermitteln, um in der Medienwelt mit ihren Ideen bestehen zu können. Wir wollen ebenso Menschen in und bei der Partei für Medienarbeit begeistern, wie auch Bestehendes vernetzen, festigen und weiterentwickeln. Unsere Landesarbeitsgemeinschaft freut sich auf Eure Ideen und Erfahrungen, zögert also bei Interesse nicht, uns anzusprechen!

Gemeinsam mit einer starken Bundes-AG und unserem Verein ‚Linke Medienakademie‘ (LiMA) wollen wir Euch in den nächsten Jahren auch in Baden-Württemberg Bildungsangebote machen. Verfolgen könnt ihr unsere Arbeit unter www.rore.die-linke-bw.de, wo wir auch unabhängig und eigenständig Nachrichten aus der Partei bereitstellen – gerne auch Eure!“

Nächstes Treffen der LAG: Sonntag, 28. März, 11 Uhr in der Landesgeschäftsstelle.

Zur Geschichte des KZ-Außenlager Hailfingen

Volker Mall (Die Linke, KV Böblingen) erforscht mit seinem Kollegen Harald Roth seit acht Jahren die Geschichte des KZ-Außenlagers Hailfingen/Tailfingen. Die beiden haben jetzt eine weitere Publikation herausgebracht:

Volker Mall/Harald Roth: „Jeder Mensch hat einen Namen“ – Gedenkbuch für die 600 jüdischen Häftlinge des KZ-Außenlagers Hailfingen/Tailfingen. Berlin/Metropol Verlag 2009. ISBN: 978-3-940938-39-8.

In diesem Buch werden u.a. die Lebenswege der Häftlinge rekonstruiert; es gibt den Toten und Überlebenden des KZ-Außenlagers Hailfingen/Tailfingen durch Selbstzeugnisse, biogra-

fische Recherchen und Fotografien Namen und Würde zurück.

„Dieses Buch ist als Exempel ein Baustein der Erinnerung, es ist ein wichtiger Beitrag zur Lokalgeschichte des KZ-Unrechtssystems und es ist eine notwendige Würdigung der Opfer.“ (Aus dem Vorwort von Wolfgang Benz, Leiter des Berliner Zentrums für Antisemitismusforschung).

Das Buch hat 364 Seiten mit 140 Abbildungen und eine DVD mit zwei Dokumentarfilmen. Es kostet 24 € und ist zu beziehen durch Volker Mall, Hohe-Wacht-Str.7, 71083 Herrenberg, mall.herrenberg@gmx.de. Gerne auch durch Abholung.

Weitere Infos u.a. in www.zeitreise-bb.de: Themen>Tailfingen>KZ-Außenlager.

INTERNATIONALER FRAUENTAG

Die Revolution ist großartig, alles andere ist Quark!

Rosa Luxemburg 1906



Der Internationale Frauentag – eine große sozialistische Tradition

Vor nahezu 100 Jahren, am 27. August 1910 beschlossen Frauen aus 17 Nationen auf der zweiten Internationalen Frauenkonferenz in Kopenhagen: „Im Einvernehmen mit den klassenbewußten politischen und gewerkschaftlichen Organisationen des Proletariats in ihrem Lande veranstalten die sozialistischen Frauen aller Länder jedes Jahr einen Frauentag...“ (Clara Zetkin, Käthe Duncker und Genossinnen).

Am 19. März 1911 organisierten Frauen in Dänemark, Deutschland, Österreich, der Schweiz und in den USA tausende öffentlicher Kundgebungen: für das Frauenwahlrecht, für besseren Arbeiterinnen- und Mutterschutz und für den Acht-Stundentag. Ein Jahr später waren auch Russland, Holland und Schweden dabei. Ein gefährlicher und großartiger Auftakt für eine sozialistische Frauenbewegung.

Clara Zetkin ist damals wegen ihrer Initiative in der eigenen großen und international einflussreichen Sozialdemokratischen Partei heftig angefeindet worden. Da war von „Extrawürsten“ und „Frauenrechtleri“ die Rede. Die List: was national schwierig war, setzten die Frauen international durch.

Im nächsten Jahr wird der Internationale Frauentag 100 Jahre alt.

Und was haben wir erreicht? Das Frauenwahlrecht, arbeitsrechtliche Verbesserungen, den 8-Stunden-Tag und in weitestem Sinne politische Anerkennung – ja, das sind wichtige Stationen. Und dennoch erfordert eine kritische Bilanz den klaren Blick auf die Gegenwart:

- Frauen in Deutschland verdienen immer noch 23% weniger pro Stunde als Männer;
- immer mehr Frauen werden ins Pre-

kariat abgedrängt. 28% arbeiten in ungeschützten Arbeitsverhältnissen und im Niedriglohnbereich;

- 22% der alleinerziehenden Frauen beziehen Hartz IV-Leistungen;
- das Arbeitsvolumen aller erwerbstätigen Frauen ist in den letzten drei Jahren gesunken bei gleichzeitig ansteigender Beschäftigung, d.h. konkret, dass immer mehr Frauen in Teilzeit und Minijobs gezwungen werden. Die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise verschärft die Situation;
- es gibt heute die bestausgebildete Frauengeneration, die wir je hatten und dennoch sind in Wirtschaft und Gesellschaft, in den Betrieben und Verwaltungen nicht einmal 10% der Führungspositionen mit Frauen besetzt

Es gibt also viel zu tun und überhaupt keinen Anlass, nachzulassen in unseren Kämpfen.

Und weltweit? Gewalt gegen Frauen, patriachalische Unterdrückung,

Handel mit Frauen, Missbrauch von Mädchen, vorenthaltene politische Rechte – das geschieht täglich hunderttausendfach in vielen Regionen dieser Erde. Um nur ein Beispiel zu nennen:

Immer noch sind hunderte türkische und kurdische Genossinnen inhaftiert, weil sie am 8. März 2009 in der Türkei für ihre Gleichberechtigung auf die Straße gegangen sind. Ihnen gilt am Internationalen Frauentag unsere ganze Solidarität!

Für uns Sozialistinnen bedeutet der Internationale Frauentag immer auch ein Stück konkreter Utopie – eine von Ausbeutung, Kriegen und Unterdrückung freie Gesellschaft, in der Frauen wirt-

schaftlich und psychisch vom Manne unabhängig selbstbestimmt leben, die gemeinsamen gesellschaftlichen Angelegenheiten gleichberechtigt mitbestimmend und mitentscheidend.

Es ist Zeit für ein neues linkes feministisches Projekt, ein neues Gesellschaftsmodell, das über die Enge und Begrenztheit kapitalistischer Strukturen hinausweist.

Sybille Stamm, Landessprecherin der LINKEN in Baden-Württemberg

KPF in Baden-Württemberg gegründet

Am 21. Februar trafen sich rund 30 Mitglieder, die der Kommunistischen Plattform angehören, im Clara-Zetkin-Haus in Stuttgart-Sillenbuch, um die KPF Baden-Württemberg zu gründen. Sie steckten ihre Aufgabenfelder für die zukünftige Arbeit ab und wählten ihre Sprecher und Vertreter in den Gremien. Thomas Hecker unterstützte für den Bundessprecherrat das treffen.

Ergebnis der lebhaften Diskussion war, die Positionen der Kommunistinnen und Kommunisten in der Partei DIE LINKE intensiver in der Öffentlichkeit zu vertreten.

Unser Hauptziel ist, weiterhin die Systemfrage zu stellen. Darunter verstehen wir den Stopp der Privatisierungen von kommunalem Eigentum und Re-kommunalisierung bereits privatisierter Einrichtungen des öffentlichen Daseins. Schlüsselindustrien müssen verstaatlicht werden, wenn die Eigner ihren gesellschaftlichen Pflichten nicht nachkommen. Daneben werden wir an die Positionen erinnern, mit denen DIE LINKE im Wahlkampf angetreten ist:

- Hartz IV sofort abschaffen ohne Anpassungsversuche
- Mindestlöhne fordern, die ein menschenwürdiges Lebens und Teilehabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen
- Ausweitung öffentlicher Beschäftigung
- Friedenspolitische Prinzipien beibehalten und den sofortigen Abzug deutscher Truppen aus Afghanistan und das Ende aller Bundeswehrein-sätze im Ausland
- Würdevoller Umgang mit der Geschichte der sozialistischen und kommunistischen Bewegung

Die Kommunistinnen und Kommunisten in der LINKEN werden alles in ihren Kräften stehende tun, damit das linke Profil unserer Partei nicht den Anpassungsbestrebungen an die SPD und den Wünschen nach Regierungsbeteiligung auf Bundesebene 2013 und auf Landesebene geopfert wird.

Renata und Herbert Eckhoff

Auf dem Landesparteitag der LINKEN am 24. Januar in Stuttgart wurde folgender landespolitische Leitantrag beschlossen:

Zehn Punkte zur Landespolitik in Baden-Württemberg

Das 10-Punkte-Sofort-Programm fixiert Leitlinien der Politik der LINKEN in Baden-Württemberg bis zur Landtagswahl. Es soll gleichzeitig Grundlage und Zielorientierung für das Landeswahlprogramm sein, das 2010 erarbeitet wird.

Die Wirtschafts- und Finanzkrise trifft Baden-Württemberg als Automobil- und Exportland besonders hart. Ein Drittel der Betriebe der Automobilzulieferindustrie und des Maschinen- und Werkzeugmaschinenbaus befürchtet das wirtschaftliche Aus, fast jeden Tag kündigt ein anderer Betrieb wirtschaftliche Probleme oder gar Massenentlassungen an.

Die Finanzklemme verschärft die Lage. Die Banken verweigern den Betrieben Kredite oder verleihen sie nur zu überhöhten Zinsen, die für viele Betriebe nicht bezahlbar sind. Damit werden die Wertschöpfungsketten gefährdet und industrielle Kerne womöglich unwiederbringlich vernichtet.

Städte und Gemeinden, durch 25 Jahre neoliberaler Politik geschwächt, geraten durch dramatische Einbrüche bei den Gewerbesteuererinnahmen in Finanznöte neuen Ausmaßes. Sie reagieren mit Sparprogrammen, Sozialkürzungen und Personalabbau. Angesichts der steigenden Zahl an Erwerbslosen, Armen und Wohnungslosen sind die Kommunen weniger denn je in der Lage ihren Aufgaben für die Gemeinschaft gerecht zu werden. Diesen Trend wird der neue Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Stefan Mappus, gemeinsam mit der schwarz-gelben Bundesregierung durch weitere Steuergeschenke für Unternehmen und Reiche befördern. Der drohenden Vernichtung zehntausender Arbeitsplätze schaut die Landesregierung tatenlos zu.

Arbeitsplätze und Lebensqualität lassen sich in Baden-Württemberg nur sichern, wenn jetzt Weichen für eine zukunftsfähige Wirtschaftsentwicklung gestellt werden und zugleich für den Erhalt und Ausbau von Arbeits- und Ausbildungsplätzen in der Wirtschaft und im öffentlichen Dienst gesorgt wird!

Weitergehend steht DIE LINKE unverändert für einen Systemwechsel. Eine demokratische, ökologische und friedliche Gesellschaft, welche die Bedürfnisse aller Menschen gleichermaßen befriedigt, wird nur durch die Überwindung des Kapitalismus möglich.

Vor diesem Hintergrund fordert DIE LINKE Baden-Württemberg:

1. Beschäftigung sichern, Arbeitsplätze schaffen und öffentlichen Sektor ausbauen

DIE LINKE Baden-Württemberg fordert ein 10 Milliarden-Euro-Sofortprogramm:

1. Einen Finanzschutzschirm in Höhe von 5 Milliarden Euro für Bürgschaften und Kredite
2. Ein Zukunftsprogramm in Höhe von 5 Milliarden Euro

Finanzschutzschirm für Baden-Württemberg

Die Landesregierung wird aufgefordert, einen Finanzschutzschirm für Baden-Württemberg einzurichten. Das Geld soll in einen Landesfonds fließen, der Betrieben zinsgünstige Darlehen und Bürgschaften gewährt. Dieser Fonds von 5 Milliarden Euro soll Ausbildungs- und Arbeitsplätze in den industriellen Kernen des Landes retten und damit gleichzeitig die Handlungsfähigkeit der Kommunen erhalten. Der Landesfonds wird drittelparitätlich durch VertreterInnen der öffentlichen Hand, der Gewerkschaften und der Arbeitgeber kontrolliert.

Fünf Milliarden Euro für ein Zukunftsprogramm mit dem Ziel:

- Die öffentliche Daseinsvorsorge zu stärken: bereits priva-

tisierter Bereiche der kommunalen Hand zu rekommunalisieren; den ÖPNV auszubauen; die Gesundheitsversorgung zu verbessern; in Schulen zu investieren.

- Den ökologischen Umbau voranzubringen: regenerative Energien und energetische Gebäudesanierung auszubauen, neue Technologien zu erforschen. Wo sonst, wenn nicht in Baden-Württemberg mit seiner hocheffizienten Forschungslandschaft sind hierfür günstige Bedingungen gegeben – noch! Die Konversion der Automobilindustrie oder zumindest erheblicher Teile davon in Richtung umweltfreundliche Mobilitätsentwicklung- und Produktion ist voranzutreiben.
- Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu stärken: Kindertagesstätten/Horte ausbauen und die Situation des Betreuungspersonals im Erziehungswesen verbessern.
- Arbeitszeitverkürzung und mehr Demokratie: „Stunden statt Menschen entlassen“. Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich – das sichert die Existenz vieler Menschen und ist sinnvoller und humaner als Standort-schließungen und Vernichtung von Arbeitsplätzen. In Zukunft müssen wirtschaftsdemokratische Konzepte befördert und unterstützt werden. Die Bildung von Wirtschafts- und Sozialräten in den Regionen ist ein erster konkreter Ansatz.
- Aktive Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit
- Erwerbslosen Jugendlichen – allen voran Förder- und Hauptschüler/innen – die über den regulären Arbeitsmarkt keinen Ausbildungsplatz bekommen, soll vom Land über eine Ausbildungsplatz-Garantie der Zugang zu einer Erstqualifikation ermöglicht werden. Die Zahl der Ausbildungsplätze im öffentlichen Sektor muss erhöht werden. DIE LINKE fordert unverändert eine Ausbildungumlage zur Finanzierung neuer Ausbildungsplätze. Wer nicht ausbildet muss zahlen.
- DIE LINKE Baden-Württemberg wird nach Möglichkeiten suchen, die Rüstungsproduktion im Land zu verbieten. Produktionsstätten von Waffen und anderen Rüstungsgütern müssen geschlossen oder zur zivilen Produktion umgebaut werden.

2. Die öffentliche Daseinsvorsorge und Finanzkraft der Kommunen stärken

Gerade in der Krise müssen die Investitionen der Kommunen erhöht werden. Schon jetzt liegt die Personalausstattung im öffentlichen Sektor unter dem europäischen Schnitt liegen. Die Versäumnisse bei Bildung, Sozialem und Ökologie gehen zu Lasten der Menschen.

DIE LINKE Baden-Württemberg fordert, die Finanzierung der Kommunen mit der Einführung einer konjunktur-unabhängigen Gewerbesteuer (Gemeinwohlsteuer) auf eine neue Grundlage zu stellen.

Eine Privatisierung öffentlicher Einrichtungen und Dienstleistungen lehnt DIE LINKE Baden-Württemberg ebenso ab wie die Beteiligung privater Investoren an öffentlichen Investitionen. Bereits privatisierte Einrichtungen und Betriebe müssen rekommunalisiert werden. Die im schwarz/gelben Koalitionsvertrag anvisierte Abschaffung der Umsatzsteuerbefreiung für öffentliche Betriebe kommt für DIE LINKE Baden-Württemberg nicht infrage.

DIE LINKE Baden-Württemberg fordert die Landesregierung auf, im Bundesrat gegen das Wachstumsbeschleunigungsgesetz und gegen die für 2011 vorgesehene Steuerreform zu stimmen. Sie gehen zu Lasten der Landes- und Kommunal-finanzen.

3. Armut bekämpfen – Reichtum begrenzen

Das Armutsrisiko in Baden-Württemberg steigt – vor allem für alleinerziehende Eltern, Migrantenfamilien, Seniorinnen und Kinder. 90 Prozent der Alleinerziehenden sind Frauen, davon lebt ungefähr die Hälfte von Hartz IV. Jedes achte Kind unter sieben Jahren ist von Armut bedroht. Die Zahl der Erwerbslosen, der Hartz IV-EmpfängerInnen und derer, die von ihrem Einkommen nicht leben können, nimmt zu. Wohnungslosigkeit, Überschuldung, fehlende Gesundheitsfürsorge und soziale Ausgrenzung drohen. Armut macht krank. Armut grenzt aus. Armut macht perspektivlos.

Die Landesregierung lehnt die Erstellung eines Armutsberichts weiter ab. Stattdessen droht der neue Ministerpräsident Mappus zum Beispiel Eltern mit Sanktionen, die ihren Kindern kein Pausenbrot mitgeben. DIE LINKE Baden-Württemberg dagegen bekämpft nicht die Armen, sondern die Armut! Auf Bundesebene setzt sich DIE LINKE mit Sozialverbänden, Gewerkschaften und außerparlamentarischen Initiativen dafür ein, dass die Schere zwischen Arm und Reich nicht weiter auseinander geht. Hartz IV muss weg, eine bedarfsgerechte Grundsicherung und ein gesetzlicher Mindestlohn müssen her.

Eine Umverteilung von oben nach unten tut Not. Erster wichtiger Schritt dahin ist die Millionärssteuer – auch, damit Kommunen eine bessere finanzielle Ausstattung für Soziales und Bildung erhalten.

Sofortprogramm gegen Armut:

- Das menschenunwürdige Hartz IV-System, das Armut und Erniedrigung produziert, muss abgeschafft werden. In Baden-Württemberg muss der Druck auf Jobcenter und Sozialämter, Sanktionen gegen die Leistungsberechtigten auszuüben, zurückgenommen werden.
- Die Kommunen müssen ausreichend bezahlbaren Wohnraum für Geringverdienende, Alleinerziehende und kinderreiche Familien schaffen. Bund und Land sollen einen höheren Anteil bei den Kosten für Unterkunft übernehmen. Die Kommunen brauchen Entlastung, damit sie ihren Aufgaben der Daseinsvorsorge nachkommen können.
- Ein landesweites Sozialticket soll Menschen mit geringem Einkommen der Zugang zu Mobilität, zu Bildung, Kultur und Sport in Baden-Württemberg ermöglichen.
- Wir wollen flächendeckend an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtete Angebote an Gesundheits- und Pflegedienstleistungen in öffentlicher Trägerschaft.
- Die Landespolitik soll durch ein Vergabegesetz garantieren, dass alle öffentlichen Aufträge von Bund, Ländern und Kommunen an die Einhaltung von tariflichen, sozialen und ökologischen Standards gebunden werden. Niedriglöhne, 400 Euro-Jobs und Leiharbeit müssen durch tarifgebundene und sozialversicherte Arbeitsplätze ersetzt werden. Es darf zum Beispiel nicht sein, dass der Verdienst Alleinerziehender in sozialen Berufen im öffentlichen Bereich zum Leben nicht ausreicht.

4. Bildung

Mit dem Begriff „Kinderland Baden-Württemberg“ gaukelt die Landesregierung eine Idylle vor, während sich die Lebensbedingungen vieler Kinder und Jugendlicher verschlechtern.

Die andauernden Proteste der SchülerInnen und Studierenden Baden-Württembergs zeigen deutlich, dass wir nicht umhin kommen, die bildungspolitische Systemfrage zu stellen. Die Agenda der Landesregierung orientiert sich an Wirtschaftsinteressen und zielt auf die Konservierung von Statusprivilegien ab. Durch die frühe Selektion ab der 4. Klasse, wird der zukünftige Lebensweg vorweggenommen. MigrantInnen, Menschen mit Behinderungen, und Kinder aus bildungsfernen Schichten verlieren damit in den meisten Fällen die Chance auf höherwertige Bildungsabschlüsse.

Unser Ziel ist und bleibt die „Schule für alle“ als Gemeinschaftsschule im Ganztagesbetrieb. Nur durch umfangreiche Investitionen kann das Bildungswesen die Integrationsleistung erbringen, die notwendig ist, um das Menschenrecht auf Bildung und Chancengleichheit zu gewährleisten.

Das G8 an den Schulen und die Einführung von Bachelor/Master-Studiengängen an den Hochschulen führen zu Leistungsverdichtung, Verschulung im Studium und zu unzumutbarem Leistungsdruck.

Schule und Hochschule sind Lebensraum und müssen für Lernende gestaltbar sein. Das beinhaltet zuallererst ein ganzheitliches Bildungskonzept ohne Selektion. Bildung muss den Menschen als Ganzes zu einem mündigen Individuum qualifizieren.

- Wir fordern eine Schule ohne Angst. Deshalb lehnen wir die verbindliche Grundschulempfehlung ab. Dem setzen wir ein solidarisches Lernen ohne Leistungs- und Konkurrenzdruck durch die Abschaffung der Zensuren bis mindestens zur vierten Klasse entgegen.
- Wir müssen schnell weg vom mehrgliedrigen Schulsystem! Wir brauchen eine Umstrukturierung der Schulen zu inklusive Gemeinschaftsschulen im Ganztagschulmodell. Statt Selektion und ständiger Nachverdichtung von Lehrplänen, leistungsorientierter Kopfnoten und Sanktionen fordern wir das gemeinsame solidarische und soziale Lernen in kleinen Klassenverbänden nicht über 25.
- Schule ist Lebensraum! Deshalb gehören nicht nur Wohnortnähe, sondern auch eine kostenlose Schulspeisung sowie individuelle Freizeitgestaltung für Schülerinnen und Schüler zu einer ganzheitlichen Bildung für alle.
- Die Linke tritt der Verkürzung von Schul- und Studienzeit entschieden entgegen. Wir fordern die Rückgängigmachung des G8 und setzen uns für eine Entzerrung und gegen Verschulung des Studiums ein.
- Wir setzen uns für die Inklusion von Menschen mit Behinderung in den Gemeinschaftsschulbetrieb ein. Dazu bedarf es kleinerer Klassen und sonderpädagogischer Unterstützung. Art. 28 der auch für Baden-Württemberg verbindlichen UN-Charta über die Rechte von Menschen mit Behinderungen muss schnellstmöglich umgesetzt werden.
- Wir fordern eine Demokratisierung der Schulen und Ausbildungsstätten. Eine umfassende Mitbestimmung der Lernenden ist in unserer Vorstellung einer freien und selbstbestimmten Bildung unverzichtbar. Stärkung der Rechte der SMVen und Einführung von Schülervollversammlungen sind erste Schritte in diese Richtung.
- Wir unterstützen Kommunen, Schüler- und Elterninitiativen, die ein längeres gemeinsames Lernen und „Eine Schule für alle“ bis Klasse 10 anstreben. Modellprojekte zur Demokratisierung im Sinne selbstverwalteter Schulen durch SchülerInnen können wichtige Impulse geben.
- Statt Schmalspurausbildung durch Erstqualifikation fordern wir ein ganzheitliches und umlagefinanziertes duales Ausbildungssystem.
- Sofortige Abschaffung jeglicher Bildungs- und Studiengebühr – inklusive Durchsetzung der verfassungsmäßigen Lehr- und Lernmittelfreiheit in Baden-Württemberg.
- Eine Finanzierungsoffensive für Schul- und Hochschuleausbau unter Beteiligung des Landes und des Bundes ist dringend notwendig.
- Ausweitung und Sicherstellung von studentischer Mitbestimmung durch eine Verfasste Studierendenschaft, allgemeinpolitisches Mandat und paritätische Gremienbesetzung.
- Wir werden uns landespolitisch für ein elternunabhängiges, rückzahlungsfreies BAFöG für alle stark machen.
- Kurzfristig muss Zugang zum Masterstudium für alle ermöglicht werden. Darüber hinaus fordern wir die Abschaffung des Bachelor-Master Systems in der derzeitigen Form.

- Keine Einflussnahme fremder Interessengruppen wie Kirche, Wirtschaft oder Parteien auf das Bildungswesen.
- Bildungsurlaub für alle ArbeitnehmerInnen zur beruflichen und politischen Bildung, den es in vielen anderen Bundesländern seit langem gibt. Langfristig sollen Bildungsgebühren (bspw. VHS) auch in der Erwachsenenbildung entfallen.
- DIE LINKE Baden-Württemberg lehnt den Kooperationsvertrag von Bundeswehr und Kultusministerium ab. Die Bundeswehr hat in Schulen und Hochschulen nichts zu suchen! Schülerinnen und Schülern sollen humane Weltansichten vermittelt werden, anstatt sie auf Kriege einzustimmen.
- Private Bildungsträger dürfen das staatliche Bildungswesen nicht verdrängen. Bildung ist als Aufgabe der öffentlichen Hand zu begreifen, und darf nicht privatisiert werden.

5. Kein Boden für Rassismus und Neofaschismus

Auch in Baden-Württemberg nehmen rassistische, antisemitische und neofaschistische Aktivitäten und Übergriffe zu. Die „Jungen Nationaldemokraten“ haben seit 2005 in Baden-Württemberg ihre Mitgliederzahl verdoppelt, mit den „autonomen Nationalisten“ ist eine neue, gewaltbereite Jugendorganisation entstanden. Die Landesregierung verfolgt und bestraft statt der neofaschistischen Gewalttäter die antifaschistische Gegenwehr und fördert unter anderem das „Studienzentrum Weikersheim“, dem eine Scharnierfunktion zwischen Rechtskonservativen und Rechtsextremisten zukommt. Die Arbeit in antifaschistischen Bündnissen zählt zum Grundverständnis der LINKEN. Insbesondere aus Anlass des 65. Jahrestages der Befreiung von Faschismus und Krieg unterstützt der Landesverband und seine Gliederungen der LINKEN Baden-Württemberg Aktivitäten und Veranstaltungen, die zu diesem Jahrestag stattfinden.

DIE LINKE Baden-Württemberg fordert:

- Antifaschistische Engagement und Erinnerungsarbeit sollen gefördert und gestärkt werden statt sie zu behindern und zu kriminalisieren.
- Den Faschismus im Geschichtsunterricht aufzuarbeiten und die Arbeit der Gedenkstätteninitiativen aufzuwerten und zu fördern.
- Verbot und Auflösung aller neofaschistischen Parteien und Organisationen, insbesondere der NPD.
- Abschaffung des Landesamts für Verfassungsschutz. Bis dahin Beendigung der Zusammenarbeit zwischen Landesamt für Verfassungsschutz und Nazi-Organisationen. Beendigung des Einsatzes aller ‚N-Leute‘.
- Sofortige Beendigung der Überwachung antifaschistischer und linker Initiativen, Verbände und Parteien durch das Landesamt für Verfassungsschutz.

Baden-Württemberg ist ein Einwanderungsland! MigrantInnen aus aller Welt sind selbstverständlicher Teil des gesellschaftlichen Lebens und der kulturellen Vielfalt dieses Landes. DIE LINKE bekämpft Rassismus, Vorurteile, Benachteiligung und Gewalt gegen Menschen mit Migrationshintergrund auf allen Ebenen.

DIE LINKE tritt ein für eine Humanisierung des Bleibe-rechtes für Mitbürger ein, die bislang ohne feste Aufenthaltserlaubnis sind. Die unmensliche Abschiebepolitik des Landes muss beendet, Einbürgerung muss erleichtert werden. Die Landesregierung darf eine Entschärfung der geltenden „Altfallregelung“ (wer kein Arbeitsverhältnis nachweist, muss gehen) im Bundesrat nicht weiter blockieren. DIE LINKE tritt dafür ein, über eine Bundesratsinitiative das kommunale Wahlrecht auf hier lebende Nicht-EU-BürgerInnen auszuweiten.

6. Gleichberechtigung von Frauen durchsetzen

Von der Gleichberechtigung von Frauen und Männern sind wir auch in Baden-Württemberg weit entfernt. Das Leben von Frauen ist strukturell bestimmt von schlechteren Chancen zur eigenen Lebenssicherung, von ungerechter Entlohnung, von weniger Teilhabe an Entscheidungen in Wirtschaft, Politik und anderen Gesellschaftsbereichen sowie von der Bedrohung durch Gewalt. **Die Linke Baden-Württemberg fordert, die Gleichberechtigung von Frauen und Männern zu konkretisieren und umzusetzen sowie alle Formen von Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen durch:**

- Mindestens die Hälfte aller Positionen im Zuständigkeitsbereich des Landes Baden-Württemberg sollen mit Frauen besetzt werden. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit.
- Einrichtung von Landesprogrammen zur beruflichen Förderung speziell von Frauen, die auf dem Arbeitsmarkt Nachteile erfahren, zum Beispiel Frauen mit Migrationshintergrund oder Frauen nach der Familienphase.
- Die flächendeckende Einrichtung, den Erhalt und Ausbau von Gleichstellungs- und Beratungsstellen (Themen u.a.: Berufswahlorientierung für Mädchen, Chancen für Frauen mit Migrationshintergrund, Ausarbeitung und Durchsetzung von Gleichstellungsprogrammen).
- Gesicherte Finanzierung von Frauenhäusern sowie die unbürokratische, ortsungebundene und zuzahlungsfreie Aufnahme von Frauen und Kindern in Not; Aufstockung der Mittel für Einrichtungen gegen Gewalt an Frauen; Verstärkung der Hilfen für Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund.
- Umfassendes Konzept zur Gewaltprävention unter Einbeziehung des Bildungswesens.

7. Vielfalt der Lebensweisen fördern – Diskriminierung bekämpfen

Beruf und Familienarbeit müssen für Frauen und Männer endlich vereinbar werden. Bis heute stützt und fördert nicht nur die konservative Regierung traditionelle Geschlechterrollen und ein Familienmodell aus Vater, Mutter und Kind, bei dem die Frau die Hauptlast der Familienarbeit trägt.

Neue Rollenmodelle und eine Vielfalt an Lebensweisen müssen gesellschaftlich gefördert und auf rechtlicher, kultureller und politischer Ebene gleichgestellt werden. Alternative Wohnkonzepte sollen mehr Beachtung zum Beispiel durch Förderprogramme erhalten.

Die Behindertenpolitik des Landes muss „inklusiv“, das heißt auf allen Ebenen und von Anfang an selbstverständlich integrierend, gestaltet werden. DIE LINKE Baden-Württemberg fordert, die UN Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen schnell, nachhaltig und vollständig umzusetzen. Sie ist an den „Barcelona-Kriterien“ auszurichten. Diese betreffen Bildung, Arbeit, ÖPNV und die selbstbestimmte Teilhabe am öffentlichen Leben, auch auf kommunaler Ebene. Das selbstverständliche Recht von Menschen mit Behinderungen, selbst zu bestimmen, wo, wie und mit wem sie wohnen, ist zu gewährleisten. Niemand darf verpflichtet werden, in bestimmten Wohnformen zu leben. Die bestehende finanzielle Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen in Ehe und Familie ist zu beenden. Hierzu ist die Unterhaltungspflicht Familienangehöriger für behinderungsbedingt entstehende Kosten ersatzlos zu streichen, diese Kosten trägt die Gemeinschaft. Vieles kann nur auf Landesebene umgesetzt werden. Bisher fehlt in Baden-Württemberg ein Konzept zur Umsetzung der UN Konvention.

Die Drogenpolitik des Landes Baden-Württemberg muss weg von der vornehmlich diskriminierenden und bestrafenden Ausrichtung. Durch den an der Realität orientierten und akzeptierenden Ansatz der Schadensminimierung lassen sich die Probleme in diesem Bereich weitaus besser mildern, ohne hunderte-tausende Menschen in Baden-Württemberg zu kriminalisieren.

8. Gleiche Chancen für alle Kinder!

Mit dem Begriff „Kinderland Baden-Württemberg“ gaukelt die Landesregierung eine Idylle vor, während sich die Lebensbedingungen vieler Kinder und Jugendlicher verschlechtern. Kinder zu haben bedeutet in unserem Musterländle nach wie vor ein um ein vielfach erhöhtes Armutsrisiko. In Zukunft will die Landesregierung noch mehr Kosten auf die Erziehenden abwälzen. Das ist soziale Auslese pur und richtet sich gegen die Kinder, die Förderung am nötigsten haben.

Deshalb fordert die LINKE Baden-Württemberg:

- Die Kleinkindbetreuung muss entsprechend dem Bundes-Kinder-förderungsgesetz vom April 2008 bis zum Jahr 2013 planmäßig und ohne Abstriche ausgebaut werden. Integration fängt im frühen Alter an. Je früher ein Kind in eine Krippe geht, desto besser sind seine späteren Bildungschancen. Die Chancen für Kinder aus sozial benachteiligten Schichten und aus Migrantenfamilien müssen verbessert werden.
- Die Kleinkindbetreuung muss zu Öffnungszeiten erfolgen, wie sie die Eltern benötigen. Dies darf nicht auf Kosten von Kindergartenplätzen gehen.
- Verkleinerung der Kita-Gruppen, um eine wirklich kindgerechte Betreuung zu gewährleisten und ErzieherInnen zu entlasten.
- Um gegen die Zunahme der Kinderarmut im Land vorzugehen, tritt die LINKE für gebührenfreie Kita-Plätze ein und wendet sich gegen jede Erhöhung der Kita-Gebühren.
- Die Linke setzt sich für qualifiziertes Personal durch Studium und Weiterbildung ein. Das gilt besonders für die Sprachfördermaßnahmen in Kitas.
- Der beschlossene Orientierungsplan muss umgesetzt werden. Dazu gehört, dass die Landesregierung die Kosten trägt und die Kita-Zuschüsse nicht mehr einfriert (seit 2002).

9. Umwelt/Energie

Der Umbau zur ressourcensparenden und ökologischen Produktions- und Lebensweise ist im hochindustrialisierten Baden-Württemberg das Gebot der Stunde. Die Orientierung der Landesregierung auf exportorientiertes Wachstum ohne Rücksicht auf die natürlichen Ressourcen hat massive ökologische und energiewirtschaftliche Probleme zur Folge. Die fast uneingeschränkte politische Vorfahrt für den motorisierten Individualverkehr hat in Baden-Württemberg eine notwendige ökologische Modernisierung ausgebremst. Das Festhalten an Prestigeprojekten verhindert den Ausbau des ÖPNV in der Fläche. Die Forderung der Landesregierung nach Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke ist unverantwortlich und richtet sich gegen den Mehrheitswillen der Baden-WürttembergerInnen.

DIE LINKE Baden-Württemberg setzt sich dafür ein, die individuellen Entwicklungspotentiale dieses Landes – von der dezentralen Wärmeerzeugung über umweltfreundliche Technologie bis zur ökologischen Landwirtschaft – endlich zu fördern. Auch gilt es, eine demokratisch Kontrolle über die Energiewirtschaft herzustellen, um das Prinzip der Gemeinwohlorientierung in Verbindung mit sozial-ökologischer Verantwortung durchzusetzen. Eine Senkung des Energie- und Ressourcenverbrauchs auf allen Ebenen ist vorrangiges politisches Ziel.

Die Industrie und die Energiewirtschaft in Baden-Württemberg haben eine globale Verantwortung für die von ihr verursachte Umweltverschmutzung und die sozialen und ökonomischen Umstände, unter denen ihre Rohstoffe gefördert oder produziert werden.

DIE LINKE Baden-Württemberg fordert:

- Den Ausstieg aus der Atomkraft und ein Ende der Nutzung fossiler Energieträger.

- Wirkungsvolle Sanktionen gegen Preisabsprachen auf dem Energiemarkt.
- Der Aktienanteil der EDF bei der EnBW ist von der öffentlichen Hand zurück zu kaufen. Eine nachhaltige Energie- und Klimapolitik fördert die Beschäftigung. Wir wollen uns die Energiepreise nicht von der Profitsucht der Konzerne diktieren lassen und werden in Baden-Württemberg eine Energiewende herbeiführen. Umweltschädliche Großkraftwerke wollen wir durch dezentrale, kleine Kraftwerke mit zum Beispiel Kraft-Wärme-Kopplung in kommunaler Verantwortung ersetzen. Unsere Vision: In wenigen Jahrzehnten soll jede Gemeinde in Baden-Württemberg über ein eigenes Energieversorgungssystem verfügen und den Eigenbedarf weitgehend aus erneuerbaren Energiequellen decken können.
- Eine regionale Land- und Forstwirtschaft, die mittels ökologisch-nachhaltiger Kreislaufwirtschaft Kulturlandschaften schützt, artgerechte Tierhaltung gewährleistet und gesunde Lebensmittel produziert. Gentechnik, Chemiecocktails und Breitbandantibiotika haben auf unseren Feldern, Höfen und Ladenregalen nichts zu suchen.
- DIE LINKE möchte innerhalb der nächsten zehn Jahre beginnen, die Umwandlung von zehn Prozent der Landesfläche in naturnahe Räume ohne wirtschaftliche Ausnutzung zu erreichen. Vor allem sollen Forstflächen (derzeit knapp 40 % der Landesfläche) aus jeder forstlichen Nutzung genommen und stellenweise überflüssige hochsubventionierte landwirtschaftliche Flächen stillgelegt werden. Besonders dringend ist dies zum langfristigen Schutz von Klimaregulierung, Wasserversorgung und Artenvielfalt im Rahmen des Klimawandels.
- Den consequenten Ausbau des ÖPNV und des Schienenverkehrs. Dieser muss barrierefrei und perspektivisch kostenlos angeboten werden. Öffentliche Investitionen in ÖPNV, Bahninfrastruktur, Fahrradwege und alternative Verkehrsangebote wie Car-Sharing fördern den sozial-ökologischen Umbau des Landes und schaffen dauerhaft Arbeitsplätze.

10. Demokratie

Der Staat steht heute den Menschen zunehmend als Widersacher gegenüber. Er macht sie zu Bittstellern in Bezug auf eigene Rechte und Informationen, misstraut ihnen und lässt sie bei politischen Entscheidungen außen vor. In Baden-Württemberg sind die Formen der demokratischen Entscheidung in besonderer Weise eingeschränkt.

Für eine lebendige Demokratie ist das Recht auf Versammlungsfreiheit ein unverzichtbares Grundrecht. Sie stellt eine wichtige Partizipationsmöglichkeit des Bürgers dar und darf in einem Rechtsstaat nicht auf Kosten von Menschen- und Bürgerrechten geändert werden.

DIE LINKE Baden-Württemberg fordert:

- Die Möglichkeiten von Volksbegehren und Volksentscheiden in Landesverfassung, Landkreis- und Gemeindeordnung deutlich auszuweiten. Dazu ist eine Senkung der Quoren, eine Ausweitung der Zulässigkeitsregeln sowie eine Beratungspflicht gegenüber Initiatoren notwendig.
- Beschäftigte und Betroffene in politische Entscheidungen konsequent einzubeziehen z.B. in Form von Bürgerhaushalten oder Beschäftigten-/Betroffenen-Beiräten. Das Selbstbestimmungsrecht der Kommunen gehört gestärkt, die Amtszeit der BürgermeisterInnen verkürzt und die Direktwahl der Landräte eingeführt.
- DIE LINKE fordert die Herabsetzung des Wahlalters für Kommunal- und Landtagswahlen auf 16 Jahre.
- Demokratische Rechte für Migrantinnen und Migranten. Aktives und passives Kommunalwahlrecht für alle in Baden-Württemberg lebenden Menschen.
- Ein Versammlungsrecht zu schaffen, das zu öffentlicher

Meinungsäußerung und demokratischem Protest ermutigt statt zu kontrollieren und einzuschüchtern.

- Die LINKE setzt sich für eine vollkommene Versammlungsfreiheit ein und lehnt Einschränkungen derselben ab. Die Polizei darf nicht das Recht haben eine Versammlung einzukesseln oder aufzulösen, solange keine Volksverhetzung oder Gewalt stattfindet. Es dürfen auch keine Video- oder Bildaufnahmen von der Polizei angefertigt werden. Die bloße Vermummung soll nicht mehr als Straftat angesehen werden. Über die korrekte Ausführung der Polizeiarbeit soll eine unabhängige Kontrollinstanz wachen. Bei Nicht-Einhalten der Vorschriften ist ein Ermittlungsverfahren einzuleiten und dessen Ergebnis unter Berücksichtigung der Sicherheit des Polizisten, der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.
- Schluss mit einer Politik, die unter dem Vorwand der „Sicherheit“ die Freiheitsrechte der Menschen beschneidet. Der Bürger ist der Datensammelwut und Ausforschung seiner Person durch staatliche und private Stellen aus-

geliefert. Die staatlichen Behörden schützen den Bürger hiervor nicht, sondern beteiligen sich an seiner Ausforschung, erheben und verwerten seine Daten und tauschen sie untereinander aus. Schluss mit einer Politik, die unter dem Vorwand der „Sicherheit“ die Freiheitsrechte der Menschen beschneidet. DIE LINKE fordert das Recht auf Auskunft über gespeicherte Daten und deren Verwendung gegenüber staatlichen und privaten Stellen. Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung muss in der Landesverfassung verankert werden. Verpflichtende Einsetzung von Datenschutzbeauftragten in allen öffentlichen Stellen.

- Den Zugang zu Informationen, gerade in den Bereichen Verbraucherschutz und soziale Rechte, zu erleichtern. Unabhängige Beratungs- und Schlichtungsstelle sind einzurichten, die Menschen bei der Durchsetzung ihrer Rechte unterstützen. Ein bürgerfreundliches Informationsfreiheitsgesetz für Baden-Württemberg ist zu schaffen.
- Eine Verstärkung der Angebote politischer Bildung, die mehr Menschen ermutigt, sich politisch einzumischen.

Gesine Löttsch am 23. Januar auf dem Landesparteitag (Redeauszug):

Unser Gegner ist Schwarz-Gelb!

Liebe Genossinnen und Genossen, herzlichen Dank für die Einladung zu eurem Parteitag. Gregor Gysi hat am 11. Januar unter großem Beifall in der Berliner Kongresshalle die Genossen in Ost und West aufgefordert, sich häufiger zu treffen und miteinander zu reden. Das wollen und müssen wir tun, und auch darum bin ich heute hier. Ich weiß nicht, ob hier in Baden-Württemberg das „Neue Deutschland“ gelesen wird. Ich durfte dort vor zwei Wochen eine Gastkolumne schreiben, um über einen Fußballtraum zu berichten. Ich habe in der Kolumne die Fusion der Fußballclubs Energie Cottbus und Rot-Weiß Oberhausen beschrieben. Das klingt verrückt, ist es auch.



Auch die Fusion von PDS und WASG zur Linken ist etwas, was niemand erwartet hatte und uns auch niemand zugetraut hatte. Uns ist da etwas wirklich Unglaubliches gelungen! Das müssen wir uns immer wieder vor Augen führen, und wir können stolz darauf sein. Keiner hat uns das zugetraut. Die anderen Parteien waren geschockt. Ihre Führungen reagierten auf uns wie ein aufgeschreckter Hühnerhaufen. Wir haben aus der Opposition die Regierung vor uns her getrieben und soziale Verbesserungen erreicht. Das ist unsere Aufgabe und das werden wir auch weiterhin tun! Oskar hat am Dienstag in seiner Rede im Saarland deutlich gemacht, dass unsere Wahlaussagen ihre Wirkung entfalten: „Raus aus Afghanistan!“, „Mindestlohn gerade jetzt“, „Hartz IV abwählen!“, „Gegen die Rente ab 67“. Ihr habt ja hier die Wahlplakate noch einmal aufgehängt. Diese Forderungen werden von der Mehrheit der Bevölkerung getragen, und deshalb kann die Kanzlerin sie auch nicht vom Tisch wischen. Auch die anderen Parteien

übernehmen Forderungen von uns. Die SPD hat gestern auf ihrer Afghanistan-Konferenz erstmals erklärt, dass es ein Datum für den Abzug der Bundeswehr geben muss. Das war im Wahlkampf noch undenkbar. Herr Rüttgers von der CDU fordert Verbesserungen bei Hartz IV. Die CSU gar – so heute auf der Titelseite der „Berliner Zeitung“ zu lesen – will gar das Finanzcasino schließen. Nun wird es unsere Aufgabe sein, die anderen Parteien zu zwingen, ihre Aussagen auch umzusetzen.

Liebe Genossinnen und Genossen, eine vergleichbare Fusion gab es noch nicht in der deutschen Parteiengeschichte! Es ist ein Wunder und wir sollten uns das viel öfter in Erinnerung rufen, wenn wir uns in den alltäglichen Konflikten zu sehr verheddern. Erst seit zweieinhalb Jahren sind wir eine Partei. Wer glaubt, dass nach einer so kurzen Zeit alle Probleme zu lösen wären, der sollte sich einen anderen Vereinigungsprozess vor Augen führen. Seit 20 Jahren versuchen unterschiedliche Bundesregierungen die Vereinigung zwischen Ost- und Westdeutschland zu organisieren und sind damit gescheitert. Die Ost-Industrie ist durch die Treuhand, die ich als Mutter aller Heuschrecken bezeichne, abgewickelt worden. Millionen Menschen haben den Osten verlassen und sind in den Westen gegangen. Die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland ist immer noch doppelt so hoch wie in den alten Bundesländern. Aber: Ostdeutschland ist vor allem die Blaupause für den Umbau Westdeutschlands. Wie gesagt, Heuschrecken gab es im Osten schon Anfang der 90er Jahre. Ostdeutschland ist heute Niedriglohnland. Wer sich die Entwicklung des Ostens der letzten 20 Jahre anschaut, wird die jüngsten Entwicklungen im Westen noch besser verstehen. Lasst uns gemeinsam dafür kämpfen, dass diese Blaupause von der Bundesregierung nicht auch noch in Baden-Württemberg, NRW, Bayern und den anderen westlichen Bundesländern umgesetzt wird!

Wenn wir also in historischen Zeiträumen denken – und das sollten wir tun – dann haben wir noch ein bisschen Zeit, um als Partei zusammenzuwachsen.

Denn: Bei allen Versuchen unsere eigenen Probleme als Partei zu lösen, müssen wir uns in erster Linie mit der Politik der neoliberalen Regierungen auseinandersetzen. Unser Gegner ist Schwarz-Gelb!

Und da erleben wir in Berlin zurzeit ganz schlechtes Theater! Den ersten Akt haben wir vor der Bundestagswahl erlebt: Vor der Wahl wollte die Kanzlerin uns weismachen, dass die Erde eine Scheibe ist. Nach der Wahl in NRW kommt dann der zweite Akt. Dann wird die Kanzlerin erklären, dass

die Erde eine Kugel ist, was aber vor der Wahl leider keiner wissen konnte. So sieht das Drehbuch der Kanzlerin für die Steuersenkungspläne der Koalition aus. Schon vor der Wahl war klar – da waren sich alle führenden Ökonomen einig – dass es in Anbetracht gigantischer Staatsschulden keinen Spielraum für Steuersenkungen geben wird. Vor allem die FDP sträubt sich gegen diese Erkenntnis. Sie folgt weiter dem Aberglauben, dass Steuersenkungen für Unternehmen und Erben die Konjunktur beleben würden. Doch wenn es um Macht und Geld geht, zählt Expertenrat wenig. Dann muss die Erde noch für weitere Monate bis zur NRW-Wahl eine Scheibe sein. Der aktuelle Mövenpick-Spendenskandal zeigt, dass die regierenden Parteien bereit sind, allen ökonomischen Sachverstand über Bord zu werfen, wenn nur ausreichend Spendengelder in ihre Parteikassen fließen. Mövenpick zahlte 1,1 Mio. Euro an die FDP vor Beginn der Koalitionsverhandlungen. Darauf beschließt die Koalition, dass für Übernachtungen der Mehrwertsteuersatz von 19% auf 7% gesenkt wird. Kosten für die Steuerzahler: 2 Mrd. Euro! Einnahmen für die FDP: 1,1 Mio. Euro auf dem FDP-Konto ist doch mehr als nichts, oder? Dieses Beispiel zeigt: Politik wird nicht mehr gewählt, sie wird bestellt. Reiche können sich Politik bestellen, Arme haben keine Chance. Und weil die Lidl-Verkäuferin nicht das Geld für eine Großspende an die Mövenpick-Partei FDP – dieses Wort habe ich übrigens am Dienstag in der Debatte im Bundestag geprägt – hat, werden ihre Interessen auch nicht vertreten. Auch wenn es in der vergangenen Woche FDP und CDU/CSU immer wieder von sich gewiesen haben: Die Politik ist käuflich! Das ist der eigentliche Skandal! Wer politische Entscheidungen nach Spendenhöhe trifft, der legt die Axt an die Wurzel der Demokratie. In einer Demokratie müssen sich die Interessen der Mehrheit des Volkes durchsetzen, sonst ist es keine Demokratie. Und wir kämpfen für eine Demokratie, die den Namen „Volksherrschaft“ wirklich verdient.

Bernd Riexinger, Landesparteitag (Redeauszug):

Die Menschen können sich auf die Linke verlassen

Liebe Genossinnen und Genossen, nirgendwo versucht eine Landesregierung so penetrant den Eindruck von wirtschaftspolitischer Kompetenz zu vermitteln, wie in Baden-Württemberg. Und nirgendwo ähnelt dieser Eindruck so dem eines potemkinschen Dorfes wie in Baden-Württemberg. Hinter der Fassade steht das pure Nichts. Beispiele gefällig: Noch-Ministerpräsident Günter Oettinger war oberste Aufsichtsperson der LBBW. Aufsicht erfordert eine gewisse kritische Distanz zu denen, die man beaufsichtigt und kein Nachplappern der ewig gleichen wirtschaftlichen Ideologiegebilde der Bankmanager, um das dann als wirtschaftliche Kompetenz auszugeben. Wenn man selbst nichts vom Bankgeschäft versteht – so richtig verstehen es die meisten Bankmanager ja auch nicht, was sich hinter ihren phantasievollen Spekulationsprodukten eigentlich verborgen hatte, geschweige, welche Risiken sie beinhalteten –, wenn man also nichts davon versteht, dann beauftragt man doch wenigstens Leute, die etwas davon verstehen. So waren dann alle reichlich überrascht, dass ihre stolze Landesbank plötzlich am Rande des Abgrundes stand, weil sie sich entgegen ihrem öffentlichen Auftrag auf den internationalen Spekulationsmärkten tummelte und prompt gestolpert ist. 5 Mrd. kostet das vorerst die Bürger/innen von Stuttgart, die Steuerzahler von Baden-Württemberg und die Kunden der baden-württembergischen Sparkassen.

Ernst wird es auch für die Beschäftigten der LBBW, die ebenfalls nicht für die Krise ihrer Bank verantwortlich sind. Mindestens 2500 Beschäftigte sollen ihren Arbeitsplatz und damit ihre berufliche Existenz verlieren. Hunderte von Auszubildenden sollen nur befristet für sechs Monate übernommen

werden. Auch das ist makaber: Die oberste Aufsichtsperson wird für ihr Versagen bei der Aufsicht nach Brüssel befördert, während die Beschäftigten mit ihrem Arbeitsplatz die Zeche bezahlen müssen.

Wo war unsere so Mercedes-verliebte Landesregierung, als die Arbeiter bei Daimler in Sindelfingen gegen die Verlagerung der C-Klasse in die USA demonstrierten? Wo waren die S-Klasse Fahrer, als das Daimler-Management kaltblütig entschieden hatte, die einzige Automobil-Massenproduktion in Baden-Württemberg über den Ozean zu verfrachten? Nicht weil rote Zahlen geschrieben wurden, sondern weil die Produktion in Tuscaloosa höhere Profite verspricht. Tausende von Arbeitsplätzen, die dringend benötigt werden, gehen verloren. Auch wenn die Belegschaft von Daimler Beschäftigungsgarantien durchsetzen konnte, die Arbeitsplätze sind für die Region, insbesondere für die Zulieferer verloren. Während der Noch-Ministerpräsident Oettinger und der Noch-Nicht-Ministerpräsident Mappus Verständnis für die Entscheidung des Daimler-Managements äußerten – wer hätte schon etwas anderes erwartet – stand die Linke mit ihrem Wahlkreisabgeordneten Richard Pitterle an der Seite der demonstrierenden und streikenden Arbeiter von Daimler in Sindelfingen. Genau da gehören wir hin. Nicht in die teuren Luxuslimousinen, sondern auf die Straße, an die Seite der Menschen, die um ihre Arbeitsplätze, um ihre Zukunft und die ihrer Kinder kämpfen. Die Menschen können sich darauf verlassen. Die Linke steht an ihrer Seite. Die Linke steht auf der Seite der Beschäftigten und nicht auf der Seite des Managements der Konzerne.

Besonders verheerend ist die Taten- und Hilflosigkeit der Landesregierung gegenüber dem drohenden Substanz- und Arbeitsplatzverlust in wesentlichen Bereichen der baden-württembergischen Industrie, insbesondere des Maschinenbaus, des Werkzeugmaschinenbaus und den Automobilzulieferfirmen. 25% des weltweiten Werkzeugmaschinenbaus haben ihren Sitz in Baden-Württemberg. Viele dieser Betriebe sind existenziell gefährdet, weil sie mit Auftragsrückgängen von 30-40% zu kämpfen haben. Die hohe Exportabhängigkeit, die von der neoliberalen Politik massiv befördert wurde, rächt sich jetzt. Nach dem in diesem Jahr bevorstehenden Auslaufen der Kurzarbeit befürchtet nicht nur die IG Metall Entlassungen und Massenentlassungen. Es ist geradezu lächerlich, dass dieses Problem durch Wachstumserwartungen von 1 bis 2% gelöst werden könnte. Gleichzeitig sind viele Betriebe in einer bedrohlichen Liquiditätsklemme. Die Banken, die sich bei der EZB mit einem Prozent refinanzieren verlangen Zinsen zwischen 9 und 13%, wenn sie überhaupt Kredite geben. Diese Zinshöhe können die Betriebe in einer Krise niemals stemmen. Das ist ein unfassbarer Skandal.

So bezahlen wir doppelt. Die Bevölkerung muss für Hunderte von Milliarden an die Banken bürgen, und die Beschäftigten bängen um ihre Arbeitsplätze, weil ihre Betriebe nicht mit den nötigen Krediten versorgt werden. Eine Politik, die das zulässt, liebe Genossinnen und Genossen, gehört schnellstens abgewählt und auf den Müllhaufen der Geschichte. 500 Mrd. Bankenhilfe wurden innerhalb einer Woche mobilisiert. Über ein Jahr später ist noch kein einziges Gesetz zur Regulierung, zum Verbot riskanter Spekulationsgeschäfte, zur Schließung von Steueroasen oder zur öffentlichen Kontrolle der Banken verabschiedet worden. Sie können gerade so weiter machen wie seither.

Wir brauchen mehr Geld für Bildung, Soziales und Ökologie und wir brauchen mehr Erzieher/innen, Lehrer/innen, Sozialarbeiter, Ärzte und Krankenpflegerinnen. Dafür steht die Linke in Baden-Württemberg. Wer jedoch wie sämtliche Parteien in Baden-Württemberg einer Steuerpolitik zugestimmt hat, die unter dem Motto privater Reichtum und öffentliche Armut jahrzehntelang an Reiche, Kapitalbesitzer und Vermögende Milliarden umverteilt hat, der braucht sich nicht wundern, wenn die Kommunen am Tropf hängen und nach und nach in die Verarmung getrieben werden.

DIE LINKE.

BADEN-WÜRTTEMBERG

Landesgeschäftsstelle

DIE LINKE. Baden-Württemberg, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart. Tel.: 0711-241045, Fax: 0711-241046. info@die-linke-bw.de, www.die-linke-bw.de. Dienstag bis Freitag, 10 Uhr bis 17 Uhr

Geschäftsführender Landesvorstand

DIE LINKE. Baden-Württemberg, Landesvorstand, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart
Bern Riexinger, Tel.: 0711-639771, eMail: BRiexinger-Linke@web.de
Bernhard Strasdeit, Telefon: 07071-21534, Mobil: 0171-1268215, Fax: 07071-23946, eMail: strasdeit@t-online.de
Dorothee Diehm, mobil: 0160-5330030, eMail: dorothee.diehm@igmetall.de
Sabine Rösch-Dammenmiller, Tel.: 07332-4988, mobil: 0162-9231196, eMail: roeda@gmx.de
Sybille Stamm, Tel.: 0711-2573671, mobil: 0170-2138651, eMail: Sybille.Stamm@t-online.de

Landesschatzmeister

Christoph Cornides, Briefe bitte: c/o DIE LINKE. Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, Telefon 0621-331650, Fax 0621-331656, christoph.cornides@t-online.de

Landesschiedskommission

Landesschiedskommission DIE LINKE, Marienstraße 3a, 70178 Stuttgart

Spenden und Beiträge

DIE LINKE. Baden-Württemberg
Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70
Konto 289582700

Kontakte zu den Kreisverbänden der LINKEN

Baden-Baden/Rastatt

Dieter Hitscherich, 76532 Baden-Baden, 07221-991592, der.hit@web.de

Biberach

Herbert Wilzek, 88427 Bad Schussenried, 07583-1451, herbert.wilzek@gmx.de, www.die-linke-biberach.de

Bodensee

Gottfried Heil, Tel.: 07541-55097, Mail: gottfried.heil@dielinke-bodensee.de, www.dielinke-bodensee.de

Böblingen

Harry Ladwig, Tel.: 07152-52368, Mail: post@linke-bb.de, Net: www.linke-bb.de

Breisgau/Hochschwarzwald

Michael Schostek, Hauptstr. 140, 79356 Eichstetten am Kaiserstuhl, Tel.: 07663-6037746, Mail: michael.schostek@web.de

Calw

Hans-J. Drebber, Forststr. 42/1, 75382

Althengstett, Tel.: 07051-3516, Mail: all-pro-handel@web.de

Emmendingen

Hans-Jürgen Chudalla, Drescherstr. 7, 79336 Herbolzheim, Tel.: 07643/934588, Mail: spoproges@t-online.de

Esslingen

Bernd Luplow, Jahnstr. 31, 73779 Deizisau, Tel.: 07153-25983, Mail: bluplow@web.de

Freiburg

DIE LINKE. Freiburg/Regionalbüro, Greifenegggring 2, 79098 Freiburg, Mail: info@dielinke-freiburg.de, Net: www.dielinke-freiburg.de

Freudenstadt

Dorothee Diehm, 72270 Baiersbronn, Tel.: 0160-5330030, Mail: dorothee.diehm@igmetall.de

Haci Dalli, 72250 Freudenstadt, Tel.: 07441-84704, Mail: haci-dalli@web.de

Göppingen

Sabine Rösch-Dammenmiller, 73111 Lauterstein, 07332-4988, Mail: roeda@gmx.de

Heidelberg / Rhein-Neckar

Heinrich Müller, Hinter der Mühle 15, 69226 Nußloch, Tel.: 06224-16937, mobil: 0177-4008790, Mail: henri.mueller@online.de, Net: www.dielinke-hd-rn.de

Heidenheim

Dieter Köhler, Buchhofsteige 28, 89522 Heidenheim a.d. Brenz, Tel.: 07321-955873, Mail: dieter.koehler@linke-heidenheim.de

Heilbronn

Hasso Ehinger, 74078 Heilbronn, 07131-910366, ehinger.hasso@web.de, Johannes Müllerschön, Alte Saline 1, 74254 Offenau, Tel. 07136-4280, heilbronn@linkspartei-bw.de.

Hohenlohe /Schwäbisch-Hall

Ernst Kern, Ernst-Schmid-Str. 7, 74653 Ingelfingen, Tel.: 07940-931750, Mail: Ernst-Kern@gmx.de.

Karlsruhe

DIE LINKE. Karlsruhe, Kreuzstr. 4, 76133 Karlsruhe, Mail: info@dielinke-ka.de, www.dielinke-ka.de, Tel: 0721-35489342

Konstanz

Jürgen Geiger, Kindlebildstr. 10A, 78467 Konstanz, eMail: die-linke-konstanz@gmx.de

Lörrach

Günter Gent, 79650 Schopfheim, eMail: g.gent@freenet.de
Brigitte Tondar-Sigl, 79677 Schönau, eMail: Brigitte.Tondar-sigl@gmx.de

Ludwigsburg

Hans-Jürgen Kemmerle, 71642 Ludwigsburg, 07141-57320, kemmerle_ludwigsburg@yahoo.de, Ursula Genswürger, Ludwigsburg, Tel.: 07141-58209, eMail: u.genswuenger@gmx.de

Main-Tauber

Rolf Grüning, 97941 Tauberbischofsheim, Tel. 09341-600366, Mail: rechtsanwalt-Gruning@t-online.de

Mannheim

Kreisverband Mannheim, T6, 37, 68161 Mannheim, Tel: 0621-1227218 (mit AB)
Thomas Trüper, Am Brunnengarten 24, 68169 Mannheim, Tel.: 0621-306216, Mail: ttruper@aol.com.

Marianne Marten, Lutherstr. 15, 68169 Mannheim, Tel.: 0621-312681, Mail: marten.m@online.de

Neckar-Odenwald-Kreis

Hendrik Paul, Schillerstr. 2, 74928 Hüffenhardt, Tel.: 01520-9464105, Mail: henpal@web.de

Ortenau

Markus Widera, 77716 Haslach i.K., Tel.: 0162-2420331, Mail: markus.widera@dielinke-ortenau.de
Sören Becker, 77731 Willstätt, Tel.: 0171-7932024, Mail: soeren.becker@dielinke-ortenau.de

Ostalb

Roland Hamm, 73431 Aalen, 07361-35945, roland.hamm@gmx.de,

Pforzheim

Kreisverband Pforzheim/ Enzkreis, Bleichstr. 3a, 75173 Pforzheim, Tel.: 07231-4240345, claus.spohn@online.de

Ravensburg

Reinhard Gumz, 88353 Kießlegg, Tel.: 07563-8202, Mail: gumz.girbig@t-online.de, Net: www.linkspartei-ravensburg.de

Rems-Murr

Claudia Howeg, 71332 Waiblingen, Tel.: 07151-965469, eMail: arneclaudiahoweg@arcor.de
Stephan Schwarz, 71409 Schwaikheim, eMail: BesterChecker007@aol.com

Reutlingen

Petra Braun-Seitz, 72768 Reutlingen, Tel.: 07121-600289, eMail: p.braun-seitz@t-online.de
Rüdiger Weckmann, 72764 Reutlingen, Tel.: 07121- 44792, eMail: weckmann@kabelbw.de

Schwarzwald-Baar-Heuberg

Enikö Riek-Nagy, Rottweil, Mail: enikoe.riek-nagy@arcor.de, Paul Wachter, Tuttlingen, Mail: wachter.tut@web.de, Tel.: 07461-6558

Sigmaringen

Rainer Kaltfofen, Zehntstr.8, 88356 Ostrach, Tel. 07585-935296; Mail: Rainer.Kaltfofen@die-linke-sigmaringen.de

Stuttgart

DIE LINKE. Kreisverband Stuttgart, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, Tel.: 0711-72236848, Fax 0711-72236849, eMail: info@die-linke-stuttgart.de;

Tübingen

Dr. Emanuel Peter, 72108 Rottenburg am Neckar, 07472-42096, emanuelpeter@gmx.de

Ulm / Alb-Donau

Regionalbüro Ost-Württemberg, Lindenstr. 27, 89077 Ulm. Tel.: 0731-3988823, Fax 0731-3988824, eMail: buero-ulm@dielinke-bw.de

Waldshut

Paul Barrois, 79733 Görwihl, Tel.: 07754-929243, Mail: paul.barrois@web.de, Net: www.die-linke-kv-waldshut.de, Friedrich Gebhard, 79771 Klettgau, mail: ankabafri@t-online.de

Zollernalb

Jochen Lange, Mühlackerstr.13, 72336 Balingen, Tel.: 07433-9978566 oder 0152-05394972, eMail: dielinke.zak@t-online.de

Arbeitsgemeinschaften

AG Antifa

Reinhard Neudorfer, 71332 Waiblingen, Tel.: 07151-54806, eMail: ckramerneudorfer@onlinehome.de

AG Bildung

Erhard Korn, 71711 Steinheim/Murr, Tel.: 07144-23431, eMail: eukorn@web.de

AG Europa

Bernd-Otto Kuper, Berner Str. 3, 79109 Freiburg, Tel.: 0761-54871, eMail: bokuper@web.de

AG Frieden

Thomas Haschke, 70469 Stuttgart, Tel.: 0711-81477965, eMail: thomas.haschke@gmx.de

AG Frauen

Silvia Ofori, 74523 Schwäbisch Hall, Tel.: 0170-5842439, eMail: Silvia.Ofori@t-online.de

AG Betrieb und Gewerkschaften

Hasso Ehinger, 74078 Heilbronn, 07131-910366, ehinger.hasso@web.de

AG Bürgerrechte und Demokratie

Carsten Labudda, Hölderlinstr. 4, 69469 Weinheim, Tel+Fax: 06201-876758, eMail: carsten.labudda@linkspartei-weinheim.de

AG Erwerbslose und Geringverdiener

Dirk Hoeber, 70195 Stuttgart, mobil 0711-3514681, eMail: lag.erwerbslose@yahoo.de

AG Gesundheit und Soziales

Prof. Dr. Lothar Schuchmann, 79100 Freiburg, Tel.: 0761-131516, Fax: 0761-135871, eMail: lothar_schuchmann@gmx.de

AG Queer

Christian Stähle, Tel. 0171-9181900, Mail: queer@die-linke-bw.de

AG Religion

Frank Winkel, Tel.: 07331-824194, Mail: frank_winkel@t-online.de

AG rote reporterInnen

Gregor Mohlberg, Tel.: 0721-3548577, eMail: gregor.mohlberg@dielinke-bw.de

AG Selbstbestimmte Behindertenpolitik

Stephan Lorent, Tübingen, Tel. 07071-639426, eMail: slorent@gmx.de

AG Ökologische Plattform

Franz Groll, Tel.: 07056-2391, eMail: franz.groll@gmx.de

AG Wirtschaftspolitik

Adelbert Ringwald, Tel.: 07682-328315, eMail: info@ringwald-elzach.de

Geraer Dialog / Sozialistischer Dialog

Joachim Kayser, Eisenbahnstraße 120, 72072 Tübingen, Tel. 07071-32498

Hochschulgruppen

DIE LINKE.SDS

Freiburg: Julia, jt.meier@gmx.de • **Karlsruhe:** Benedikt, b_free89@web.de • **Tübingen:** www.tuebingen.solid-bw.de • **Heidelberg:** heidelberg@solid-bw.de • **Stuttgart:** stuttgart@solid-bw.de • **Konstanz:** Mirco Kolarczik@uni-konstanz.de • **Ludwigsburg:** Daniel, urdenc@gmail.com • **Landeskoordination:** DIE LINKE.SDS, Kreuzstr. 4, 76133 Karlsruhe, Tel.: 0721-35489341, info@solid-bw.de, www.linke-hochschulgruppen.de

Linksjugend [‘solid]

Linksjugend [‘solid] Landesgeschäftsstelle Kreuzstr. 4, 76133 Karlsruhe, Tel.: 0721-35489341, info@solid-bw.de, www.solid-bw.de

Bundestagsabgeordnete

Wahlkreisbüro Ulrich Maurer

Marienstraße 3a, 70178 Stuttgart. Tel. 0711-2293227. Fax: 0711-2293228. ulrich.maurer@wk.bundestag.de. www.ulrich-maurer.de

Wahlkreisbüro Heike Hänsel

Tübingen: Linkes Forum, Am Lustnauer Tor 4, 72074 Tübingen, Tel. 07071-208810, Fax: 07071-208812, info@heike-haensel.de, www.heike-haensel.de

Regionalbüro Ost-Württemberg, Lindenstr. 27, 89077 Ulm. Tel.: 0731-3988823, Fax 0731-3988824, ulm@heike-haensel.de

Wahlkreisbüro Karin Binder

Kreuzstraße 4, Eingang Zirkelhof, 76133 Karlsruhe Tel: (0721) 3548 575 (mit AB), Fax: (0721) 3548 9396. Mail: karin.binder@wk.bundestag.de, www.karin-binder.de

Regionalbüro Freiburg, Greiffenegggring 2, 79098 Freiburg, Tel: 0761-4510292

Wahlkreisbüro Michael Schlecht

T6 37, 68161 Mannheim, Tel. (0621) 401713-7, Fax: (0621) 401713-9, info@michael-schlecht.net, www.michael-schlecht.net

Wahlkreisbüro Annette Groth

Bleichstr. 3a, 75173 Pforzheim, Tel. (07231) 4240343, Fax: (07231) 4240346, annette.groth@wk.bundestag.de, www.annette-groth.de

Wahlkreisbüro Richard Pitterle

Wilhelmstr. 24, 71034 Böblingen, Tel. (07031) 8184868, Fax: (07031) 8184869, richard.pitterle@wk.bundestag.de, www.richard-pitterle.de

Regionalbüro Heilbronn, Allee 40, 74072 Heilbronn

Kommunalmandate

Drei LINKE im Regionalparlament Stuttgart

Wolfgang.Hoepfner@region-stuttgart.org
Christoph.Ozasek@region-stuttgart.org
Friedhelm.Hoffmann@region-stuttgart.org
www.dielinke-rv-stuttgart.de

24 Mandate der LINKEN in 17 Kreistagen

Biberach, Ulrich, Widmann, ulwidmann@aol.com, Riedlingen • **Böblingen,** Ronald Borkowski, bkx.leo@t-online.de, Leonberg • **Bodensee,** Roberto Salerno, roberto.salerno@gmx.de, Meckenbeuren • **Esslingen,** Peter Rauscher, p.rauscher@ntz.de, Nürtingen • **Heidenheim,** Horst Mack, kanzlei@beuerle.de, Heidenheim • **Heilbronn,** Johannes Müller-schön, johmuellerschoen@nexgo.de, Offenau • **Konstanz,** Michael Krause, michaelkr79@web.de, Konstanz • **Ludwigsburg,** Hans-Jürgen Kemmerle, kemmerle_ludwigsburg@yahoo.de, Ludwigsburg; Peter Schimke, peter.schimke@gmx.de, Vaihingen • **Main-Tauber,** Dr. Hans-Hermann Fahrenkrog, fahrenkrog.glasdoc@t-online.de, Wertheim • **Ortenau,** Reinhard Bross, reinhardbross@aol.com, Schut-terwald • **Ostalb,** Udo Eisenmann, mail@

udo-eisenmann.de, Böbingen; Veronika Stossun, stossun@online.de, Aalen • **Ravenburg,** Till Bastian Dr., till.bastian@ravensburg2009.de, Isny • **Rems-Murr,** Dominik Rathgeb, dominikrathgeb@gmx.net, Schorndorf • **Reutlingen,** Petra Braun-Seitz, p.braun-seitz@t-online.de, Reutlingen; Thomas Ziegler, ziegler.rae@gmx.de, Reutlingen • **Rhein-Neckar,** Edgar Wunder, wunder@naa.net, Sandhausen; Carsten Labudda, carsten.labudda@linkspartei-weinheim.de, Weinheim; Joachim Buchholz, joachim-buchholz@kabelbw.de, Leimen • **Tübingen,** Anton Brenner, brenner.tuebingen@t-online.de, Tübingen; Angela Hauser, angela.hauser@med.uni-tuebingen.de; Bernhard Strasdeit, strasdeit@t-online.de, Tübingen • **Zollernalb,** Eberhard Jaensch, eberhard.jaensch@web.de, Hechingen

39 Mandate der LINKEN und linker Bündnislisten in 26 Städten

Aalen, Roland Hamm, roland.hamm@gmx.de; Cora Berreth, coraberret@gmx.de • **Esslingen,** Werner, Bolzhauser, kulturamrande@kulturamrande.de • **Freiburg,** Michael Moos, michael.moos@linke-liste-freiburg.de; Hendrikk Guzzoni, h.g@linke-liste-freiburg.de; Ulrike Schubert, ulmischubert@gmx.de; Lothar Schuchmann, lothar_schuchmann@gmx.de • **Geislingen,** Holger Schrag, holger.schrag@sch-it.de • **Göppingen,** Christian Staehle, staehle@linke-stadtrat-goepingen.de • **Heidelberg,** Hildegard Stolz, hilde.stolz@t-online.de; Dr. Arnulf Weiler-Lorentz, arnulf.lorentz@onlinehome.de • **Heidenheim,** Horst Mack, kanzlei@beuerle.de; Norbert Fandrich, lisa.fandrich@t-online.de • **Heilbronn,** Hasso Ehinger, ehinger.hasso@web.de • **Karlsruhe,** Nikolaos Fostiropoulos, niko@fostiropoulos.de; Sabine Zürn, sabinez@viacanale.de • **Kehl,** Raymond Hof, hof@buerstner.com • **Konstanz,** Vera Hemm, vera.hemm@t-online.de; Holger Reile, lago2@aol.de • **Kornwestheim,** Friedhelm Hoffmann, die-linke-kornwestheim@t-online.de • **Lahr,** Lukas Oßwald, lukas.forstarbeiten@gmx.de • **Leimen,** Joachim Buchholz, joachim-buchholz@kabelbw.de • **Ludwigsburg,** Werner, Hillenbrand, wh-asg@t-online.de • **Mannheim,** Gudrun Kuch, gudrun.kuch@mannheim.de; Thomas Trüper, trueper@aol.com • **Pforzheim,** Claus Spohn, claus.spohn@online.de • **Reutlingen,** Thomas Ziegler, ziegler.rae@gmx.de • **Rottenburg am Neckar,** Emanuel, Peter, emanuelpeter@gmx.de • **Schwäbisch Gmünd,** Peter, Müller, peter.mueller.sg@gmx.de; Sebastian, Fritz, seba-fritz8@web.de • **Sindelfingen,** Richard, Pitterle richard.pitterle@linke-bb.de • **Singen,** Rebecca Tanner, reb.tanner@google.de • **Stuttgart,** Ulrike Küstler, ulrike.kuestler@stuttgart.de; Thomas Adler, tomadler@01019freenet.de • **Tübingen,** Gerlinde Strasdeit, strasdeit@t-online.de; Anton Brenner, brenner.tuebingen@t-online.de; Angela Hauser, angela.hauser@med.uni-tuebingen.de • **Ulm,** Uwe Peiker, uwe.peiker@t-online.de • **Weinheim,** Carsten, Labudda, carsten.labudda@linkspartei-weinheim.de

Veranstaltungen, Termine, Hinweise

■ Veranstaltungen zum Frauentag

Stuttgart, 7. März, 11 Uhr, Cafe „Nachbar“, Bad Cannstatt, am Römerkastell 73; Brunch mit Marta Aparicio, Elif Sari u.a.

Karlsruhe, am 8. März, 19.30 h; Jubez, Kronenplatz 1; Veranstaltung mit dem TRIO Chiha, Sumeya und Monika, Redebeiträge von Sybille Stamm u.a.

■ Wahlkampfunterstützung für NRW!

In NRW wird am 9. Mai ein neuer Landtag gewählt. DIE LINKE hat an diesem Tag die Chance, im größten und bevölkerungsreichsten Bundesland mit einer Fraktion in den Landtag einzuziehen und eine erneute Mehrheit von Schwarz-Gelb in NRW zu verhindern. Das wird nicht ohne Einfluss auf die Politik im Bund bleiben. Wenn es die NRW-LINKE schafft, kann uns das auch in Baden-Württemberg Rückenwind geben für den Landtagswahlkampf im nächsten Jahr. Unser Landesverband unterstützt zwischen dem 27. März und dem 8. Mai gezielt Plakatier- und Verteilaktionen in den Kreisen Krefeld, Mönchengladbach, Neuss, Wesel und Viersen. Genossinnen und Genossen, die an Wahlkampfeinsätzen teilnehmen können, bitte bei der Landesgeschäftsstelle melden!

■ Do., 11.3. Veranstaltung in Offenburg

Wettbewerb über alles? Privatisierungen öffentlicher Dienstleistungen? Steuergeschenke für Unternehmen und Reiche? Wege aus der Finanznot der Gemeinden. LINKE Alternativen für ein soziales Gemeinwesen, Chancengleichheit und Bildung für alle stellt vor: Bernd Rixinger, Landesvorsitzender der Partei DIE LINKE. Ba-Wü und Geschäftsführer des Bezirks Stuttgart der Gewerkschaft Verdi. Gaststätte „Zauberflöte“, Lindenplatz, Offenburg, 19 Uhr

■ Sa., 13.3. Büroeröffnung in Mannheim

Wahlkreisbüro Michael Schlecht (MdB) – Eröffnung

ab 13 Uhr in den neuen Räumen in T6 37, 68161 Mannheim. Da auch der Kreisverband der LINKEN Mannheim seine Geschäftsstelle dort bezogen hat, freut sich der Kreisvorstand ebenso euch begrüßen zu dürfen.

■ Sa., 20.3. Forum Linke Kommunalpolitik

10.30 Uhr bis ca. 12.30 Uhr: Mitgliederversammlung mit Vorstandswahl. Ab 13.30 Uhr: Transparente Kommunalpolitik: Ein zentrales Element kommunaler Demokratie ist das Recht der Einwohnerinnen und Einwohner, sich über alle kommunalen Vorgänge zu informieren, sich zu beteiligen und einzumischen. Auch wir als kommunale

anschließend Diskussion. Stuttgart, Bürgerzentrum West, Bebelstr. 22

■ Sa., 27.3. Konferenz

„Marx is muss“ des Magazins marx21. Samstag, 27. März 2010, von 11.30 Uhr bis 20.30 Uhr in Freiburg, Café Velo, Wentzingerstraße 52 u.a. mit Alex Demirović (Professor für Politikwissenschaften, Berlin), Nicole Gohlke (Die Linke, MdB, hochschulpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag)

■ Sa., 10.4. Krieg und Krise

Friedenspolitischer Ratschlag der LAG Frieden Baden-Württemberg von 14 bis 20 Uhr in Freiburg, Café Velo,

zug aus Afghanistan erreicht werden kann.

■ Landesausschuss und Parteitagsdelegierte

Am 17. April tagt der Landesausschuss. Ort wird noch bekannt gegeben. Eingeladen zu dieser Tagung sind auch alle gewählten Delegierten zum Bundestag, der am 15./16. Mai in Rostock stattfindet.

■ Berlinfahrten der Bundestagsabgeordneten

Auf Einladung unserer Bundestagsabgeordneten finden demnächst wieder politische Bildungs-Fahrten nach Berlin statt. Die Fahrten sind als viertägige Fahrten angelegt und werden in Zusammenarbeit mit dem Presse- und Informationsamt der Bundesregierung organisiert. Die Fahrten bieten Gelegenheit, die Arbeit unserer MdBs und der Fraktion DIE LINKE kennen zu lernen. Dazu gibt es ein interessantes politisches Rahmenprogramm mit Besuchen im Parlament, von Mahn- und Gedenkstätten, Stadtrundfahrten und vieles mehr. Fahrt, Unterbringung in Doppelzimmern und Verpflegung werden vom Deutschen Bundestag getragen. Anfragen oder Anmeldungen – und nähere Infos zum Programm – bitte ausschließlich über die Wahlkreisbüros der Abgeordneten.

Ulrich Maurer: 3.5. bis 6.5., Abfahrt in Stuttgart, Tel: 0711-2293227, ulrich.maurer@wk.bundestag.de. **Heike Hänsel:** 19.5. bis 22.5., Abfahrt Tübingen. Tel: 07071 / 208810, heike.haensel@wk.bundestag.de. **Karin Binder:** 25.4. bis 28.4., Abfahrt in Karlsruhe. Tel: 0721 / 3548575, karin.binder@wk.bundestag.de. **Michael Schlecht:** 9.6. bis 12.6., Abfahrt Mannheim. Tel.: 0621 / 4017137, info@michaelschlecht.net. **Annette Groth:** 18.4. bis 21.4., Abfahrt in Pforzheim, über Stuttgart. Tel.: 07231 / 4240343, annette.groth@wk.bundestag.de. **Richard Pitterle:** 19.4. bis 22.4., Abfahrt Böblingen in über Stuttgart. Tel.: 07031 / 8184868, richard.pitterle@wk.bundestag.de

Anmeldungen baldmöglichst über die Wahlkreisbüros.



Mandatsträger werden immer wieder ausgebremst mit dem Hinweis auf Geheimhaltungspflichten. Was muss öffentlich behandelt werden, was geheim? Welche Informationen stehen den Mandatsträger/-innen zu? Wie können wir eine gute Öffentlichkeitsarbeit machen? Welche Rechte und Pflichten haben wir in Aufsichtsräten? Vortrag von Dr. Petra Brangsch, wiss. Mitarbeiterin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag,

Wentzingerstr. 52 (am Hauptbahnhof). Referentinnen und Referenten: Jürgen Grässlin, Buchautor, Kritische Aktionäre Daimler-Chrysler; Tobias Pflüger, Informationsstelle Militarisierung u.v.a. Programm: Krieg und Globalisierung – und was Unternehmen wie Daimler und Heckler & Koch damit zu tun haben. Von der Schule zum Kampfeinsatz in Afghanistan: die neue Strategie der Bundeswehr. Wie ein Rück-